

Die „Grenzboten“ erscheinen morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Nachzahlung ins Haus für Ostpreußen 10,- M., im voraus zahlbar. Für Postbezugsnehmer (ausländische Postämter) Bestellungen entgegen. Nachstehend bezogen für Deutschland und Österreich 18,- M., für das übrige Ausland 24,50 M., postfrei. Ausland-Kaufpreis, per Brief für Deutschland und Österreich 26,- Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 80.

Die schillingsteilene Monatsbeilage über den Raum kostet 5,- M., einschließlich Kreuzungsmittel. Kleine Anzeigen: Das feinstgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Kreuzungsmittel. Kaufpreis Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Monats-Anzeigen: Das feinstgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Grenzboten

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Aufstand in Mitteldeutschland

Preußischer Landtag

Das Haus deutet schon durch Vollzähligkeit der Abgeordneten und die lange vor Beginn der Sitzung überfüllten Tribünen auf einen „großen Tag“ hin. Die Marsaktion der Kommunisten gab den Verhandlungen das Gepräge. Sowohl die Deutschnationalen wie die drei sozialistischen Parteien hatten hierüber Interpellationen eingebracht. Den Reigen eröffnete der Deutschnationale Graef-Anklam. Seine Rede war weniger eine Anklage gegen die Kommunisten selbst. Das Ziel seines Angriffes richtete sich vielmehr gegen Severing und Hörning.

Der Kommunist Eberlein, der sich gegen die Ausnahmegerichte wendet, bemüht sich schweißgebadet, die von den Kommunisten so hirnlos angezettelte Aktion zu rechtfertigen. So weit er hierbei aber auch ausholt, so wenig kann er einen Beweis für die Richtigkeit der kommunistischen Politik konstruieren. Seine Hauptwut richtet er gegen Unabhängige und Rechtssozialisten, die dem kämpfenden Proletariat die Solidarität gebrochen und den Misserfolg der Märzherhebung verursacht haben sollen. Beide sozialistische Parteien werden als Verräter beschimpft, denen gegenüber die Deutschnationalen der ganzen Sympathie der Kommunisten versichert werden. Mit Recht wurde Eberlein daran erinnert, daß diese deutschnational-kommunistische Seelengemeinschaft am Münchener Beispiel bereits lebendig in Erscheinung getreten sei. Wie der Deutschnationale Graef greift auch Eberlein den Innenminister Severing an.

Rechtssozialist Krüger nimmt seinen Parteifreund Severing gegen die kommunistischen und deutschnationalen Angriffe in Schutz.

Nach ihm spricht Genosse Kleinspehn. Seine Rede ist eine leidenschaftliche Verurteilung der ganzen kommunistischen Politik. Diese selbst sei wiederum nur das notwendige Ergebnis der Unterwerfung unter das Moskauer Diktat. Aber den breiteren Teil seiner Ausführungen richtet Kleinspehn gegen die Rechtsparteien und das Bürgertum überhaupt.

Im ganzen verlief die Sitzung ruhig. Nur als Krüger vorliest, was eine kommunistische Zeitung zur Ermordung des rechtssozialistischen Bergarbeitersekretärs Zimmer schrieb, geraten die rechtssozialistischen Abgeordneten in stürmische Erregung. Große Ueberraschung löste der gleich zu Anfang der Sitzung mitgeteilte Rücktritt von Adolph Hoffmann aus. Verschiedene Abgeordnete glaubten wohl seine Zwischenrufe entgegen zu müssen. Sie boten aber wirklich nur — Erjaß.

Sitzungsbericht

Donnerstag, den 14. April 1921.

Präsident Reinetz teilt mit, daß Abg. Adolph Hoffmann (Komm.) seinen Wahlauftrag zurückgegeben habe. (Bedauern und Heiterkeit.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die große Anfrage Graef-Anklam (D. N.) über den

kommunistischen Aufstand in der Provinz Sachsen.

Minister des Innern Severing erklärt sich zur Beantwortung bereit.

Die deutschnationale Anfrage wurde vertreten von den Abgeordneten Graef-Anklam. Er richtete seinen Angriff vor allem gegen die preussische Regierung und gegen Hörning im besonderen, dessen Provinz er als Versuchslaboratorium für unabhängige und kommunistische Landratsamtsmitglieder bezeichnete. Hörning mußte sich von dem deutschnationalen Redner auch sagen lassen, daß er als einziger von allen Oberpräsidenten

von dem unerhörten Spießsystem der Zivilkommissare

Gebrauch gemacht habe. Daß bei dem deutschnationalen Redner auch ein bißchen Tadel nicht fehlen durfte, gehört zur Sache. Der Extrakt von Graef's Ausführungen: Severing muß mit Hörning in das nichtamtliche Nirwana zurücktreten, das Ministerium des Innern muß endlich in solche Hände gelegt werden, die tatsächlich zugreifen, um Ruhe und Ordnung im Lande zu stiften. Die Kommunisten beantragen, dem Staatsministerium das Vertrauen zu entziehen und fordern in einem weiteren Antrage Aufhebung des Ausnahmezustandes und Befestigung der Ausnahmegerichte. Für sie spricht der Abgeordnete Eberlein. Er wendet sich zuerst gegen die vielen und hohen Gefängnis- und Anstaltsstrafen, die jetzt über die Arbeiter verhängt werden und spricht von einem weißen Terror, gegen den die ungarischen weißen Heuter Waisenkinder seien. Die Donamitanische Lage, die den Kommunisten zugeschrieben seien, seien den Agenten der preussischen Regierung zur Last.

Die Kommunisten lehnten die Intention ab, weil sie nicht im Interesse des Proletariats gelegen seien. Eberlein wendet sich dann gegen Severing und Hörning und sagt weiter: Die Schuld an der Niederlage tragen die schamlosen Verräter, die die Aufgabe gehabt hätten, die kämpfenden Arbeiter zu unterstützen, statt dessen aber ihnen in den Rücken fielen. (Sehr wahr, b. d. Komm. — Lärm b. d. Soz.) Es gibt hier kein anderes Ziel, als die Niederklämpfung der Bourgeoisie. Die Demokratie ist in der kapitalistischen Gesellschaft nur eine Wessenskomödie. Wir sagen den Arbeitern:

Seht euch eure eigenen Führer an.

(Zurufe: Sehr wahr! Levli!) Sehr auch die rechtssozialistischen Mitglieder an, die als Agenten der Organe der Reaktion Mitteldeutsche

leisten! Die Deutschnationalen mag ich viel besser leiden. (Stürmische Heiterkeit!) Sie sind lange nicht so gefährlich wie die schamlosen Verräter in der Mitte.

Abgeordneter Krüger-Potsdam (Soz.) begründet einen rechtssozialistischen Antrag, der die Beschränkung der Sondergerichte in Bezirke verlangt, in denen der Ausnahmezustand verhängt ist und für Jugendliche ordentliche Gerichte sowie im übrigen Sicherheitsbehörden für ein geordnetes Verfahren fordert. Krüger beschränkt sich in seinen Ausführungen im wesentlichen darauf, die Rechts- und die Linksopposition einander gegenüber zu stellen. Er verteidigt die preussische Regierung gegenüber den Deutschnationalen und Kommunisten, die sich beide in einem Punkte einig seien, nämlich darin: die Sozialdemokraten und ihre Minister haben an allem Schuld. (Sehr richtig! rechts und bei den Kommunisten.) Er macht der Rechten den Vorwurf, daß ohne Dreck und ohne Kapp-Putsch die Kommunisten bedeutungslos wären und daß ohne Kommunisten die Deutschnationalen kaum in halber Fraktionsstärke in diesem Hause sitzen würden.

Abg. Genosse Kleinspehn:

Die jüngsten Kämpfe in Mitteldeutschland sind eine neue Station auf dem Lebenswege der Arbeiterklasse zu ihrem Ziele: dem Sozialismus. Die Regierung hat wohl durch die Presse bekanntgeben lassen, wieviel Mitglieder der Schutzpolizei gefallen und verwundet worden sind, aber sie hat es verschämt, anzugeben, welche Opfer die Arbeiterschaft gebracht hat.

Wir unabhängigen Sozialdemokraten sind von den Kommunisten beschimpft worden, weil wir angeblich die Arbeiterschaft abhalten, Opfer zu bringen für das sozialistische Ideal. Auch wir wissen, daß die Arbeiterschaft ohne Opferbereitschaft nicht zum Ziele kommen wird. Es ist falsch zu behaupten, wir suchten einen Weg, auf dem die Arbeiterschaft ohne Opfer und ohne Kampf ihr Ziel erreichen könne. Einen solchen Weg gibt es nicht. Aber wie wenden uns mit aller Schärfe und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln gegen den Zwang der kommunistischen Partei,

der Arbeiterschaft sinnlose Opfer aufzuerlegen.

Wir lehnen es auch fernerhin ab, daß von einer Partei fortgesetzt mit dem Leben, mit der Gesundheit, mit der wirtschaftlichen Existenz von Tausenden von Arbeitern gespielt wird, und zwar allein zu dem Zweck, festzustellen, wie weit die Arbeiterschaft für kommunistische Experimente reif ist, wie der kommunistische Redakteur Sachold in Pölsitz erklärte. Wir lehnen solche Aktionen, solche sinnlosen Kämpfe ab, die keine sozialrevolutionären Kämpfe sind, sondern einfach das kritische Uebertragen bolschewistischer Kampfmethoden.

Wer wie ich in der nächsten Nähe des Aufstandesgebietes die kommunistische Agitation beobachten konnte, der mußte feststellen, daß nicht versucht wurde, das sozialistische Bewußtsein der Arbeiter zu stärken und proletarische Sehnung in die Massen zu tragen. Man hat nur appelliert an das Gefühl und an die Erbitterung der Leiden der Nachkriegszeit. Das Bestreben, dieses Gefühl der Erbitterung über das Elend fortgesetzt zur Kampfesstimmung auszunutzen, war der Ausgangspunkt für die Kämpfe in den Ostertagen.

Ich gebe zu, daß in Mitteldeutschland noch am ehesten eine solche Masse vorhanden war, die aus Mangel an sozialistischer Schulung und ohne organisatorische Erfahrung Reizung befiel, sich von einer entschlossenen Vorhut in einen Kampf hineinziehen zu lassen. Dennoch gab es sehr viele kampfunlustige im „revolutionären Herzen Deutschlands“. Die Rangsleiter Bergleute merkten, daß die Mittel, die die SPD und die KAPD, aus dem Arsenal bürgerlicher Revolutionsromantik holten, und durch die anarchistische Taktik, nichts erreicht werden würde. So war von vornherein die Aktion eine Niederlage der Arbeiterschaft; sie wurde einzig und allein herbeigeführt durch die schematische Auffassung der sozialen Verhältnisse in Deutschland durch die SPD.

An die Stelle des Klassenkampfes setzt sie die Revolte.

Trotzdem das klar ist, erklären heute auch die Kommunisten ihre Bohmianstat als einen Ausfluß höchster revolutionärer Weisheit. Dabei war es gerade die „rote Fahne“, die nach dem Abschluß der Landtagswahlen erklärt hat, daß die Entscheidungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit weit hinausgerückt seien, und daß es jetzt erste revolutionäre Pflicht sei, allen Teufelskämpfen auszuweichen. Diese Erkenntnis hielt nicht lange vor. Mitte März ergingen die ersten Aufrufe an die kommunistischen Arbeiter, und von diesem Zeitpunkt ab erklärte man tagtäglich, daß nur noch eine kurze Spanne Zeit die Arbeiterschaft von den Entscheidungskämpfen trenne.

Die Kommunisten beachten nicht, daß die Reichsregierung sich in jenen Tagen Mühe gab, die Wahrheit über die außerpolitische Lage vor der Arbeiterschaft zu verschweigen und die Aufmerksamkeit der arbeitenden Klasse von den Wirkungen der Sanktionen abzulenken. Die Kommunisten betrachten es anscheinend als ihre Pflicht, die Regierung in dieser Politik zum Schaden der Arbeiterschaft zu unterstützen. Während es revolutionäre Pflicht gewesen wäre, die Regierung vor allem zur Erledigung der Entlastungsfrage zu zwingen, lenkten die Kommunisten die Arbeiter von diesem Problem ab, und gaben den Konterrevolutionären neue Vorwände zur Vertagung der Entlastung der Bourgeoisie.

Die Kommunisten verwechseln immer und immer wieder Bürgerkrieg mit sozialer Revolution. Und weil sie dieser Verwechslung reitungslos erliegen, waren auch ihre ersten Maßnahmen bei dem Putsch in Mitteldeutschland militärischer Natur. Die Diktatoren fühlten sich so in diesem Gedankenwege befangen, daß sie unter Anwendung der rohesten Gewalt die allgemeine Wehrpflicht einzuführen verstanden. Bei den Verhandlungen des Ausnahmegerichts in Rordhausen hörten wir täglich die Erklärung: wir konnten unter dem Druck der Gewalt nicht anders handeln; wir mußten den Waffendienst übernehmen, wollten wir unser Leben sichern.

Ich möchte die Frage an die Kommunisten richten, ob sie glauben, daß derartige Gewaltmaßnahmen die Grundlage für die sozialistische Aufbauarbeit abgeben könne, die doch die umfassendste Organisation der Gesellschaft darstellt.

Genosse Kleinspehn kommt nun auf das Vorgehen der Sicherheitspolizei und der Reichswehr zu sprechen. In Lischowsrode sind 6 Arbeiter, die ihre Waffen weggenommen hatten,

aus einem Hause herausgeholt und erschossen worden.

Unzählige solcher Fälle könnte ich Ihnen vorführen. Aber die Kommunisten mühten das Wissen. Sie haben die Lehren von Kola Luzemburg vergessen. In ihnen lebt der Geist der 21 Moskauer Thesen. Ihnen ist das Unheil zu danken. Aber je größer der Erfolg der Dynamitattentate, um so größer ist ihre antisozialistische Wirkung. Wir haben den Ausgang dieser Bewegung von vornherein klar gesehen, und mühten es daher ab, sie zu unterstützen, denn wir erstreben nicht die Revolte, sondern die sozialistische Revolution. Wir wissen, daß wir zu diesem Ziel, die Eroberung der politischen Macht notwendig haben, aber wir wissen auch, daß zur Eroberung der politischen Macht andere Methoden notwendig sind, als wir sie in den jüngsten Tagen erlebt haben.

Ich will nicht untersuchen, welche Motive Hörning zur Durchführung der Polizeiaktion gedrängt haben. Hätte er sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung gesetzt, so wäre das Untervergehen vielleicht erspart geblieben. Der Redner wendet sich jetzt gegen rechts und sagt: Aber was können Sie denn anderes erwarten, als das Aufgehen der Saat, die Sie im Laufe der Jahrzehnte und insbesondere im Verlaufe der Kriegszeit ausgesät haben.

Es ist die Not in jeder Gestalt, die die Massen aufreizt.

Aud die Mittel, die sie anwenden, sind die, die sie von Ihnen gelernt haben und die sie immer wieder als die richtigen preisen. Den Sozialisten ist die Austragung sozialer Kämpfe mit militärischen Mitteln nur eine äußerste Möglichkeit der Verteidigung und der Abwehr. Niemals das Mittel taktischer Angriffspläne.

Der Redner bespricht die erbärmlichen Lebensverhältnisse der unteren Klassen gegenüber dem Schlemmerleben der Bourgeoisie und sagt zum Schluß: Die Arbeiter müssen sich endlich von dem Glauben an die Rettung durch eine Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen frei machen. Über was die Kommunisten trüben, ist keine Politik, sondern ein Hahnenkampf. Wir unabhängigen Sozialdemokraten wollen deshalb das Proletariat auf alle tatsächlichen Möglichkeiten einstellen. Die Arbeiterklasse muß jede Situation benutzen können zur Erringung politischer und wirtschaftlicher Macht. Das kann natürlich nicht durch eine Politik mit den Kapitalisten, sondern nur durch eine Politik gegen sie geschehen. Deshalb rufen wir die Hand- und Kopfarbeiter zur Sammlung um die Fahne der Unabhängigen Sozialdemokratie. Der Klassenkampf wird uns zum Siege führen, der sich nicht verzerrt in den Niederlagen des Reformismus, aber auch nicht hinunterstürzt in die Abgründe des Putschismus. Der Klassenkampf ist der Weg zur Rettung auf den gesicherten Boden der sozialistischen Gemeinschaft, und ihm zu folgen rufe ich von dieser Stelle die deutsche Arbeiterschaft auf. (Bravo bei den U-Soz.)

Die Reichsregierung und die internationale Lage

Die „Germania“ schreibt in ihrer gestrigen Abendausgabe:

Unsere Nachrichten lauten dahin, daß im Reichskabinett mindestens der Wille zum Ausbruch gekommen ist, die deutsche Politik müsse spätestens bis Ende dieser Woche aktiv werden. Wir sind auch überzeugt, daß Träger dieses Willens an den maßgebenden Stellen vorhanden sind, die es ablehnen, fernerhin lediglich eine Politik des Zuschauens zu machen... Da wir die Politik des derzeitigen Reichskabinetts mit Aufmerksamkeit die Politik es derzeitigen Reichskabinetts mit Aufmerksamkeit, aber unter nachdrücklicher Betonung der Statutenmäßigkeiten selbständig verfolgen, sind wir bereit, vorläufig Zurückhaltung zu üben, wenn wir von der Tatsache der Aktualität dieser Politik überzeugt werden.

Verzicht diese Woche ohne das Personalveränderungen in der Reichsregierung eintreten, so werden wir das als einen Beweis dafür annehmen, daß die „Einmütigkeit“ von getrennt zur Steuerung eines politischen Kurzes geführt hat, bei dem man auf eine ausreichende Wahrung der Reichsinteressen rechnen kann.

Diese Sprache ist außerordentlich energisch. Auch wir sind der Meinung, daß energisches Handeln notwendig ist, wenn den Dingen noch im letzten Augenblick eine vernünftige Wendung gegeben werden soll.

Die chronische Regierungskrise

Die Bemühungen Stegerwalds sind bis jetzt erfolglos geblieben. Er hat den Rechtssozialisten neuerdings das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei vorgeschlagen, die Landtagsfraktion hat aber mit allen gegen 11 Stimmen den Vorschlag abgelehnt. Sie hält an dem Vorschlag fest, ein Ministerium auf der Grundlage der alten Koalition zu bilden, das allenfalls durch zwei Beamte, die aber keine „verkappten Volksparteiler“ sein dürfen, ergänzt werden könnte. Dagegen hält das Zentrum an der Zusammenarbeit mit der Volkspartei fest. Jedenfalls ist zurzeit das Zustandekommen eines Ministeriums Stegerwald wenig aussichtsreich.

Interessant ist, daß die Zentrumsfraktion neuerlich feststellte, daß weder Stegerwald noch die Fraktion, noch einzelne Unterfraktionler des Zentrums sich irgendwie gegenüber den Sozialdemokraten gebunden hätten. Derartige Behauptungen der Rechtssozialisten seien aus der Luft gegriffen.

Kapitalistisches Spiel mit den Völkern

Loucheur und Stinnes

In der französischen Wochenschrift „Le Progrès Civique“ macht Herr Francis Delaisi sehr beachtenswerte Mitteilungen über die kapitalistischen Strömungen innerhalb der wirtschaftlichen Interessentengruppen in Frankreich und England. Seine Ausführungen zeigen, welche verhängnisvolle Einwirkung die kapitalistischen Interessen weniger Besitzender auf die auswärtige Politik der Staaten ausüben. Wir geben nachfolgend nach einem Auszuge aus diesem Artikel, den die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht, seine wichtigsten Gedankengänge wieder.

In dem Artikel, der die Ueberschrift führt: „Diejenigen, die die Fäden des diplomatischen Marionettentheaters in der Hand haben“ wird zunächst eine Schilderung des Werdeganges von Hugo Stinnes gegeben und ihm das Bild des Herrn Loucheur gegenübergestellt. Vor dem Krieg, so heißt es, war Herr C. Loucheur ein Industrieller zweiten Ranges, der sich dann durch Kriegserwerbungen bereicherte, meißterhaft die Märkte ausnützte und schließlich mit Hilfe der „Société Générale d'Entreprises“ die bedeutendsten und verschiedensten Geschäfte ausführte. Genau so wie sein deutsches Gegenstück interessierte er sich für die Presse, („Petit Journal“, „Paris-Midi“). Er war Deputierter, Kommissions-Berichterstatter, Minister der besetzten Gebiete, Rüstungsminister, Minister des industriellen Wiederaufbaues und endlich offizieller Delegierter zur Londoner Konferenz. Den Deutschen erschien er als der eigentliche Führer der französischen Politik. „Wenn wir unseren Stinnes haben, so habt ihr euren Loucheur“, sagen sie gerne. „Das zeigt“, so fügt Herr Delaisi mit Ironie hinzu, „daß die Deutschen nichts von unserer demokratischen Psychologie verstehen“. Im weiteren schildert der Artikel die ersten Versuche zwischen Stinnes und Loucheur, das Wiederaufbau-Werk in Frankreich gemeinschaftlich in die Hand zu nehmen, ein Vorhaben, dem der „Temps“ zunächst recht freundlich gegenüberstand. Nach diesem Plane sollten die Deutschen Materialen, Arbeitskräfte, Maschinen nur soweit liefern, als dadurch die französische Industrie nicht beeinträchtigt wurde.

Herr Charles Laurent, Präsident der „Union des Industries Métallurgiques et Minières“ und Präsident des „Aussschusses zur Wiederbelebung der industriellen Tätigkeit in den zerstörten Gebieten“, war inzwischen zum Botschafter Frankreichs in Berlin ernannt worden. Er galt als Anhänger der Stinnes-Loucheur-Pläne.

Diese Pläne haben jedoch nicht im Interesse Englands gelegen. Eines der Hauptziele Englands wäre es gewesen, die deutsche Schwerindustrie vom Weltmarkt zu verdrängen und jetzt hätte England durchaus nicht den Wunsch, anstelle der deutschen eine mächtige französische Metallindustrie entstehen zu sehen. Für England hätte es die beste Garantie dafür, daß auf dem Kontinent keine industrielle Konkurrenz entstehe, wenn es gelänge, auf der einen Seite der Grenze die Koks, und auf der anderen die Mineralien zu konzentrieren und zu verhindern, daß sich beide verbinden. Jeder Plan also, der eine Verständigung der deutschen und französischen Gruppe bringt, erschien wie eine Gefahr, die vermieden werden mußte.

Nun trat Lord d'Abernon in Wirksamkeit. Als Vertreter bei der türkischen Schuld und einstiger Direktor der ottomanischen Bank besaß er eine genaue Kenntnis der deutschen Finanz-Verhältnisse und der Wirtschaftslage Zentraleuropas. Er erkannte sofort, daß die Donaufürstentümer nicht ohne die Schaffung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit leben könnten, und daß der Schlüssel hierzu in der Wiedergesundung Oesterreichs liege. Für diese Pläne wurde im März 1920 eine Kombination der mächtigsten englischen Banken gegründet. Aber Creusot hatte sich bereits der Stoda-Werke in Böhmen bemächtigt, und französische Finanzmänner unterhandelten mit Ungarn, um dort die Kontrolle der Eisenbahnen usw. zu erlangen. Nun begann der Kampf. Von dem Augenblick an, wo Herr Laurent mit seinem „Comité des Forges“ einer Zusammenarbeit mit den Deutschen zuzustimmen schien, näherten sich die Engländer der Gruppe Loucheur. Um aber die Gruppe Loucheur dazu zu bringen, die Stinnespläne zu bekämpfen, mußte man ihr eine Kompensation anbieten. Die Loucheur-Gruppe mit der „Société Générale d'Entreprises“ hatte vor dem Kriege einige Konzessionen in der Habsburger Monarchie erhalten, die sie nun bei dem niedrigen Stand der Krone besonders gerne ausnützen wollte. Das englische Konföderium gab seinerseits zu verstehen, daß es gerne französische Industrie in seiner Körperschaft aufnehmen würde. Herr Loucheur unterbreitete daher im vergangenen Februar der Pariser Konferenz einen Bericht über die finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs. Es sollte eine Gesellschaft mit einem Anfangskapital von 200 Millionen Franken gegründet werden, bei der englische, französische, italienische und amerikanische Unternehmungen zu gleichen Teilen interessiert würden. Hiermit ergrieffen also die Finanzmänner der Entente Besitz von allen öffentlichen und privaten Quellen eines Landes, dessen industrieller Apparat im großen und ganzen intakt ist. Das Verdolende dieses Planes verleitete zahlreiche französische Finanzmänner, sich von dem Stinnes-Projekt abzuwenden, und es war selbst die Rede davon, daß der Botschafter Laurent abberufen würde.

Aber auch Herr Stinnes blieb nicht untätig. Als er sein französisch-deutsches Projekt scheitern sah, ging er auch nach Oesterreich. Steiermark besitzt reiche Eisenminen und Hochöfen, die aber wegen Kohlenmangel gelähmt werden mußten. Es genügte also, ihnen Kohlenhilfe zu schicken, um sie wieder in Betrieb zu bringen, womit reichlicher Nutzen erzielt werden konnte. Vor einigen Wochen erfuhr man, daß dieser führende Geschäftsmann von einer italienischen Gruppe 250 000 Aktien der Alpen Montan-Gesellschaft, der wichtigsten Eisenerzgesellschaft in Steiermark und zwei metallurgische Fabriken in Graz und Triest gekauft habe. Außerdem verpflichtete er sich der Alpen Montan-Gesellschaft täglich 120 Waggons Kohlen zu liefern. Dieses Vorhaben erweckte bei den englischen und französischen Geschäftsleuten eine wahre Wut. Also die deutsche Industrie sollte in Steiermark das Eisenerz wiederfinden, das man ihr in Lothringen genommen hatte! Nun sollte Herr Stinnes für seine Kühnheit bestraft werden.

In dem Artikel wird alsdann die Einwirkung Loucheurs auf den Gang der Verhandlungen in London geschildert. Lloyd George, der bereits vom englischen Botschafter in Berlin orientiert war, gab sich flüchtig den Anschein, daß er sich erst allmählich der Bedrohlichkeit Briand's füge. Die Ungeschicklichkeit des Herrn Simons ersichtliche Lloyd George die Aufgabe, und so wurden die deutschen Vorschläge zurückgewiesen.

Mrs Dr. Simons die Sendungen Projekte aufnahm, begab sich Loucheur in Begleitung des Lord d'Abernon und des belgischen Delegierten Theunis zu Lloyd George nach Chequers, um die neuen deutschen Anerkenntnisse zu überbringen, und wiederum war es Loucheur, der der deutschen Delegation die Zurückweisung ihrer Vorschläge und die Gegenvorschläge der Alliierten übermittelte, und der auch, am 7. März mit Lord d'Abernon

die deutsche Antwort einholte und schon, bevor er mit Herrn Briand gesprochen hatte, den Journalisten mitteilte, „es lägen keine Tatsachen vor“. Es erfolgte dann um 4 Uhr abends die Erklärung, daß die Sanktionen sofort verhängt würden.

Herr Delaisi legt dann auseinander, daß die Besetzung der Kohlenhöfen Düsselhof, Duisburg und Ruhrort am 10. März die Fesselung der Kohlen und des Koks zur Folge hatten, die für die Fabriken des Herrn Stinnes einschließlich seiner Unternehmungen in Steiermark bestimmt sind. Am 11. März erörterte Herr Loucheur bereits mit den österreichischen Ministern sein Programm für den Wiederaufbau Oesterreichs und am 12. unterwirft Oesterreich seine Finanzen der Kontrolle der Alliierten.

Hiermit ist die deutsche Konkurrenz für alle Konzessionen und öffentlichen Arbeiten in Oesterreich ausgeschaltet. Herr Loucheur kehrt befricbtigt nach Paris zurück und Hugo Stinnes ist geschlagen. Sehr klar zeigt dann Delaisi, daß bei dem ganzen Vorgang lediglich England gewonnen habe, während Frankreich aus den Sanktionen keinen Nutzen ziehe, und daß dieser ganze Komplex der Verfolgung finanzwirtschaftlicher Sonderinteressen auf der Londoner Konferenz lediglich dazu geführt habe, statt der verwüsteten Gebiete in Frankreich, Oesterreich-Ungarn wieder herzustellen.

Das letztere darf man nämlich bezweifeln. Sonst aber erhalten wir durch diesen Artikel einen Einblick in jenes kapitalistische Interessenspiel, das gerade die Wiederaufbaufrage so kompliziert gemacht hat. Die Privatinteressen sind härter als die Lebensinteressen der Völker. Die Staatsmänner erscheinen als Marionetten, die an den Drahten tanzen, die die Kapitalmagnaten ziehen. Und während sich die Herren der Wirtschaft immer mehr bereichern, haufen im französischen Wiederaufbaugebiet die Opfer des imperialistischen Krieges in elenden Baracken und feiern in Deutschland tauschende Banarbeiter, die bereit wären, diese Baracken durch wohnliche Häuser zu ersetzen. Und es kann noch ärger kommen: die kapitalistischen Interessengegensätze können den neuen Verdichtungsversuch wieder vereiteln und damit nicht das deutsche, sondern alle Völker in eine neue Katastrophe stürzen. Das ist — kapitalistische Ordnung!

Der Klassenkampf in England

In Erwartung des Streikbeginns

London, 14. April. (Reuter.)

Das Land ist nunmehr völlig darauf vorbereitet, den Streit der Eisenbahner und Transportarbeiter morgen abend ausbrechen zu sehen. Anscheinend besteht keine Hoffnung, daß ein Uebereinkommen erzielt wird, da die Haltung der Bergarbeiter und Grubenbesitzer unverändert ist. Eine heute stattgefundene Besprechung zwischen den Vertretern der Eisenbahner und Transportarbeiter und Mitgliedern der Regierung, bei der die ersteren eine formelle Antwort auf Lord Georges gestrigen Brief gaben, zeigte, daß ihre Stellung in der Frage des nationalen Lohnes die gleiche wie die der Bergarbeiter ist, und daß sie für das gleiche Prinzip kämpfen. Die Besprechung führte zu keinem Ergebnis. Der Andrang von Freiwilligen dauert an. Im ganzen Land herrscht vollständige Ruhe.

Reinenglisch-französisches Abkommen

London, 14. April. (Reuter.)

Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß kein Abkommen mit Frankreich über „Sanktionen“ getroffen worden sei, für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. Mai seine Verbindlichkeiten nicht erfüllen sollte.

Die 50prozentige Abgabe in der französischen Kammer angenommen

Paris, 14. April.

Die französische Deputiertenkammer hat heute morgen mit 383 (dreihundertdreißig) gegen 58 (neunundfünfzig) Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Erhebung einer Lage von 50 (fünfzig) Prozent auf die aus Deutschland eingeführten Waren angenommen.

Kabinettswechsel in Ungarn

In Ungarn ist es nun doch infolge des Habsburger-Busses zum Rücktritt des bisherigen Kabinetts Teleki gekommen, dessen Haupt und ein Teil der Mitglieder sich offen auf die Seite Karls stellten. Wie nunmehr das „Angar. Telegr.-Korresp.-Bureau“ mitteilt, wurde die Demission des Gesamtkabinetts vom Reichsverweser angenommen, der mit der Bildung des neuen Kabinetts den Abgeordneten des Nationalrats Grafen Stefan Bethlen betraute. Die von diesem eingeleiteten Verhandlungen wurden erfolgreich beendet. Die Kabinettsliste wurde dem Reichsverweser nachmittags unterbreitet. Die neue Regierung wird als Koalitionskabinet eine christlich-nationale und agrarfreundliche Richtung verfolgen.

Eine Aenderung des herrschenden Kurzes ist mit diesem Personenwechsel nicht verknüpft. Nationalistisch-militärische Reaktion und Niederdrückung der Arbeiterschaft werden fürs erste noch Trumpf in Ungarn bleiben.

Ein selbständiges Südjina

Wir haben bereits vor einigen Tagen die Wahl Sun Yat Seng zum Präsidenten der südchinesischen Republik mitgeteilt. Nun ist in London, wie die „Dena“ meldet, eine amtliche Depesche der Regierung von Kanton eingelaufen, in der es heißt: Nach der Wahl Sun Yat Seng zum Präsidenten hat die Regierung von Kanton soeben ihre endgültige und vollständige Unabhängigkeit und ihre Trennung von Peking erklärt. Die Republik Südjina nimmt die Zollverwaltung, Post und Telegraph sowie die Eisenbahnen usw. in die eigene Hand. Ein verantwortliches Kabinet unter Kontrolle des Parlaments wird gebildet, die Verfassung kommt zur strengsten Anwendung. Präsident Sun Yat Seng wird den ausländischen Regierungen eine Erklärung übermitteln, in der er ihnen von der Konstituierung der Republik Südjina Mitteilung macht und um ihre Anerkennung bittet.

Konfiskation des Eigentums aller Russen im Auslande. Die Moskauer „Iswestija“ veröffentlicht ein Dekret des Rates der Volkskommissare, demzufolge das gesamte Eigentum aller Russen, die im Auslande wohnen, der Beschlagnahme anheimfällt.

Die Betrogenen. In dieser Notiz in unserer gestrigen Abend-Ausgabe haben wir zu berichten, daß der Parteivorstand in Ljonnandorf, der seinen Austritt aus der Partei erklärt hat, nicht der R. A. P. D., sondern der B. R. P. D. angehört.

Politische Entrechtung in Bayern

Drahmelung unseres Korrespondenten.

München, 14. April.

Die Fraktion der U.S.P. hat im bayerischen Landtag folgende Interpellation eingebracht:

Statt der versprochenen Erleichterungen des Ausnahmestats Des hat die Staatsregierung in letzter Zeit neue Verschärfungen ein-treten lassen. Kommunistische Tageszeitungen sind ohne Be-zugung verboten worden. Einer ganzen politischen Partei ist die Möglichkeit jeder Versammlung genommen. Schutzhäft ist neuer-dings über zahlreiche Personen verhängt worden. Massenver-zichtungen mit unzureichender Begründung sind erfolgt. In überhöfender, die Aufklärung des Sachverhalts und die Vermeidung hinderlicher Weile sind politische Prozesse durchgeführt wor-den. Die politischen Ereignisse in Bayern rechtfertigen diese Maß-regel der Staatsregierung in keiner Weise. Die Regierung keines anderen Landes in Deutschland hat es für notwendig gehalten, so weitgehende Beschränkungen von Pressefreiheit und Versamm-lungsrecht zu verhängen.

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um die Pressefreiheit und das Versammlungsrecht wenigstens in dem Maße zu ge-währen, als es in dem von den innerpolitischen Ereignissen be-trassenen Gebieten des Reiches der Fall ist?

„Ist die bayerische Staatsregierung gewillt, die Organe der Po-lizei und des Sicherheitsdienstes anzuweisen, die in den letzten Tagen bestellte Beeinträchtigung der Öffentlichkeit gegen die Verhafteten und Beschuldigten durch unkontrollierbare sogenannte Feststellungen zu unterlassen und ferner eine von un-parteilichen Tendenzen und Ueberbürdung freie Durchführung der Untersuchung durch entsprechende Anweisungen an die Staats-anwaltschaft und der Hilfsorgane zu garantieren?“

Wann wird die bayrische Einwohnerwehr entwaffnet?

Genosse Rosenfeld hat folgende kleine Anfrage an die Reichs-regierung gerichtet:

Der Reichstag hat am 15. März 1921 auf Antrag der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie beschlossen:

Die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich

1. dem Reichstage die Notizen vorzulegen, welche zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über die Ent-waffnung der bayerischen Einwohnerwehren gewechselt worden sind;

2. die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohner-wehren schleunigst durchzuführen.

Ich frage:

1. Warum sabotiert die Reichsregierung das Verlangen des Reichstages auf Vorlegung der Notizen über die bayerische Ein-wohnerwehren? Was hat die Reichsregierung getan, um den Be-schluss des Reichstages auf schleunigste Entwaffnung und Auf-lösung der bayerischen Einwohnerwehren zur Durchführung zu bringen?

2. Ist es richtig, daß die Reichsregierung den Minister Heine nach München geschickt hat, um bei der bayerischen Regierung die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren durchzusetzen?

3. Welche Instruktionen hatte Minister Heine?

4. Wie lautet die Note der Reichsregierung an die bayerische Regierung vom 23. März 21?

5. Welche Erklärungen hat Minister Heine gegenüber dem bayerischen Ministerpräsidenten abgegeben?

6. Ist es richtig, daß der bayerische Ministerpräsident ver-fassungsmäßige Bedenken gegen die Teilnahme eines Reichsministers an einer bayerischen Kabinettsitzung geltend ge-macht hat?

7. Ist es richtig, daß der bayerische Ministerrat das Verlangen der Reichsregierung, dem Minister Heine als Beauftragten der Reichsregierung, die Teilnahme am Ministerrat zu gewähren, abgelehnt hat?

8. Was hat die Reichsregierung auf die Einwendungen der bayerischen Regierung gegen die Teilnahme eines Reichsministers an einer bayerischen Kabinettsitzung geantwortet?

9. Ist es richtig, daß die Mitglieder der bayerischen Regie-rung sich bereit erklärt haben, in einer ungewungenen Zusammenkunft mit Minister Heine die Entwaffnungs-fragen zu besprechen? Warum hat Minister Heine an einer solchen Zusammenkunft nicht teilgenommen?

10. Welche Antwort hat die bayerische Regierung auf die Note der Reichsregierung vom 23. März 1921 gegeben?

11. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um den Beschluß des Reichstages auf schleunigste Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren endlich zur Durchführung zu bringen?

12. Hat die Entente nach Ablauf der für die Entwaffnung der Einwohnerwehren bis zum 31. März 1921 gestellten Frist gegen die Nichtauflösung der bayerischen Einwohnerwehren bei der Reichsregierung Einspruch erhoben?

13. Was hat die Reichsregierung der Entente geantwortet?

Der gemäßigtere Reich

Wir haben schon kurz berichtet, daß der Präsident der Ham-burger Bürgerschaft in der letzten Sitzung mitteilte, daß ihm die Mandatsniederlegung der drei kommunistischen Abgeordneten Hindenburg, Ehrenfried Wagner und Reich zugegangen sei. Trotz-dem erschien Reich im Laufe der Sitzung im Saal und teilte zur allgemeinen Ueberzeugung dem Präsidenten der Bürgerschaft mit, daß ihm von seinem Rücktrittsgesuch nichts bekannt sei. Der Prä-sident ordnete darauf eine Prüfung der Sache an und erklärte, daß Reich bis zu diesem Ergebnis als Mitglied der Bürgerschaft zu gelten habe.

Dieser merkwürdigen Angelegenheit liegt, wie sich jetzt heraus-gestellt hat, folgender Sachverhalt zugrunde: Die kommunistischen Parlamentarierkandidaten mußten vor ihrer Wahl eine Blankovollmacht unterschreiben, wonach sie jederzeit ihr Mandat niederlegen, wenn es die Parteileitung wünsche. Diese Erklärung ist von der Hamburger Kommunistenpartei kurzerhand benutzt worden, um den nichtlieblichen Reich aus dem Parla-ment hinauszubefördern, und man hat einfach seine vorher ge-gabene Unterchrift zu dieser Mandatsniederlegung ohne sein Wissen benutzt. Gegen Reich schwebt ein Verfahren wegen Diebstahl, Urkundenfälschung und Unterschla-gung, welcher Delikte er sich in seiner Eigenschaft als Vor-sitzender des „Reichsverbandes der Vorbesitzer“ schuldig gemacht haben soll, und der Generalsstaatsanwalt hat auch Aufhebung der Im-munität gegen ihn beantragt. Die Angelegenheit seines Zwangs-austrittes aus der Hamburger Bürgerschaft soll aber nicht darauf zurückzuführen sein, sondern auf sein Verhalten beim Märzputsch.

Letzter ist die „Hamburger Volkszeitung“ verboten, so daß wahrscheinlich die Öffentlichkeit um das ergötzliche Schauspiel einer pikanten Auseinandersetzung kommen wird. Oder ist nicht leicht die „rote Fahne“ so freundlich und bescheiden das Ver-langen der kommunistischen Arbeiter nach Aufklärung?

Schuldebatte in der Stadtverordnetenversammlung

Die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stand nach der schnellen Erledigung einer ganzen Reihe von Vorlagen im Zeichen einer Schuldebatte. Die Grundfrage für sie bot die Programmrede des neuen Oberstadtschulrats Paulsen, der in erweiterter Form die Gedanken vertrat, die er seinerzeit bereits in der Presse veröffentlicht hatte. Von der Linken wurde diese Rede, die allerdings weit über den Rahmen der zur Beratung stehenden Vorlage hinausreichte, mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Die Abneigung der Rechten äußerte sich ebenso deutlich. Nur einmal schienen sich beide Parteien zu treffen, als Paulsen erklärte, jeder Mißbrauch der unmündigen Kinder in der Schule zu parteipolitischen Zwecken entwürdigte die Schule. Die Rechte aber hätte anscheinend nicht richtig hingehört, und in dieser Bemerkung, die sich deutlich gegen die Monarchisten und Religionsfanatiker richtete, eine Verbeugung gegen sich gesehen. Als sie aber diesen Irrtum merkten, schwiegen die Herren betroffen, was natürlich ungeachtet ihrer zahlreichen Sünden auf diesem Gebiet begreiflich ist.

Den Standpunkt der Unabhängigen Partei legte Genosse Löwenstein dar, dessen Rede wir im Sitzungsbericht wiedergeben.

Sitzungsbericht

Nach einem Antrage Danziger und Genossen (U. S.) ersucht die Verammlung den Magistrat, die Wahl der Bürgerdeputierten zu der zentralen Verwaltungsdeputation, deren Schaffung die Verammlung am 23. Oktober v. J. beschlossen hat, recht bald vorzunehmen, damit die Verwaltungsdeputationen endlich in Aktion treten können.

Auf der Tagesordnung steht die Anfrage der Stadtverordneten Dr. Steiniger und Genossen (D. N.), dahingehend: Wie stellt sich der Magistrat zu dem mit knapper Mehrheit gefaßten Beschlusse des Kuratoriums der städtischen Sparkasse 10 Millionen Mark aus Mitteln der Sparkasse ein Darlehen an die Kleiderverwertungsgesellschaft m. b. H. zu geben?

Stadtverordneter Müller (D. N.): Dieser Beschluß verleihe die Bestimmungen und den Sinn des Preussischen Sparkassengesetzes über Mündelhaftigkeit und sittlichen Zweck von Beleihungen. Diese Maßnahme müsse eine große Beunruhigung in die Kreise der Kleingewerbetreibenden hervorrufen und der Magistrat sollte sich doch überlegen, ob er eine solche Verantwortung übernehmen wolle und könne.

Als Vertreter des Magistrats leitete Sparkassendirektor Schmidt auseinander, daß die Hingabe des Darlehens keinerlei rechtliche oder faktische Bedenken hervorrufen könne. Der Wirtschaftsbereich Berlin, dem für die R. W. G. das Darlehen gegeben ist, ist ein öffentlich-kommunaler Verband und die Hingabe eines Darlehens an einen solchen ist zulässig. Der Wirtschaftsbereich Berlin besteht nicht mehr, an seiner Stelle ist die Stadt Berlin selbst getreten.

Stadtverordneter Schaldach (D. N.) bemängelte, daß bei der Gewährung des Darlehens nicht statutenmäßig verfahren sei. Nachdem der Wirtschaftsbereich sich aufgelöst habe und an seine Stelle die Stadtgemeinde getreten war, sei gar kein Darlehen nötig gewesen.

Stadtverordneter Döcker (Dem.) glaubt, daß eine derartige Darlehensgewährung nicht richtig gewesen sei und in Zukunft vermieden werden müsse. Die Sparkasse habe zu einem Interessenkonflikt zwischen einer Kriegsgesellschaft und einem großen Kreis von Gewerbetreibenden Stellung genommen.

Stadtverordneter Danziger (U. S. P.): Bei der Heuchelei und der Verlogenheit der bürgerlichen Parteien ist es selbstverständlich, daß man es versucht, den Herrn Komarra, das Fränkchen der bürgerlichen Politik, diesen edlen deutschen Bürger der sozialistischen Mehrheit des Stadtparlaments an die Rockschöße zu hängen. Dieser Komarra und alle von ihm begangenen Vergehen aber fallen den bürgerlichen Parteien zur Last, weil die Kreise, die ihn zu kontrollieren verpflichtet waren, ihre Pflichten in größtmöglicher Weise verletzt haben. Zunächst ist festzustellen, daß Komarra von einer Kriegswirtschaftsgesellschaft übernommen worden ist. Der Aufsichtsrat der alten Gesellschaft der R. W. G. bestand aus in der Geschäftswelt sehr angesehenen Herren; darunter waren sogar erste Kapitalisten. Ich verweise nur auf die Tatsache, daß sich hierunter die Inhaber der bekannten Firmen R. M. Moosen, der Inhaber der Firma Hermann Tiedt, der Vorsitzende des Verbandes der Gewerbetreibenden der Wollschneiderei, befanden. Zu diesen Autoritäten der Gesellschaft gesellte sich seitens des früheren Magistrats der frühere Stadtrat Waack. Der Aufsichtsrat, der, wenn Worte einen Sinn haben, die Aufsicht führen soll, hat nicht vergessen, fieberlich und unverantwortlich gehandelt. Es befanden sich nicht nur Kaufleute im Aufsichtsrat, sondern selbstverständlich auch Juristen, Verwaltungsbeamte, Räte und ähnliche Herren von Bedeutung. In dem Gesellschaftsvertrage heißt es: Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer, die nur gemeinsame Willenserklärungen abgeben können; ferner: Der Aufsichtsrat überwacht die Tätigkeit der Geschäftsführer. Unter den 18 Aufsichtsratsmitgliedern hatte nicht einer so viel Wichtigkeit, daß er dagegen protestierte, als man einem einzelnen Manne, b. h. Komarra, entgegen der ausdrücklichen Vorschrift, ein Geschäft, das gegen 30 Millionen im vergangenen Jahre umsetzte hatte, übergab. Man sollte noch einen ehrenamtlichen Geschäftsführer an, der als Bedingung machte, daß er sich um die Führung des Geschäftes nicht zu kümmern nötig hätte!

Damit schloß die Aussprache.

Stadtverordneter Kroll (Dn.) berichtet über den Antrag der Stadtverordneten Helmann und Genossen betreffend die Beforderung der Ausschulsslehrkräfte. Der Ausschuss empfiehlt: 1. sämtliche Ausschulsslehrer und -lehrerinnen werden nach den Grundsätzen des Volksschul-Dienstverordnungsbeschlusses mit Rückwirkung vom 1. April 1920; 2. bis zur Regelung ihrer Bezüge wird den Ausschulsskräften ein zweiter Vorbehalt auf ihre Gehaltsanpassung gewährt. — Nach kurzer Erörterung stimmt die Verammlung diesem Antrage zu, ebenso einem von Frau Fromm (D. N.) begründeten Zusatzantrage, wonach diese Grundsätze auch für die Ausschulsskräfte der Mittelschulen Geltung haben sollen.

Die Vorlage betr. Einrichtung einer Berliner Sitz-Zentrale, worüber St. B. Hammer (Dem.) berichtet, wird angenommen. Es folgt die Vorlage, betr. die Schaffung von drei Delegationen der städtischen Schulverwaltung in Verbindung mit dem Antrage des St. B. Dr. Schmidt u. Gen. (Zent.), betr. die Auswahl der Mitarbeiter des Oberstadtschulrats.

Stadtverordneter Mertens (Dem.) empfiehlt folgende Beschlussefassung: Die Verammlung erklärt sich 1. mit der Schaffung von drei Delegationen, je eine für das Volksschulwesen, das höhere Schulwesen und das Fort- und Fachbildungsschulwesen, 2. mit der Einreichung der Delegationen in die Sondergruppe 18 200 bis 25 000 M. der neuen Befoldungsordnung einverstanden. — Der Ausschuss hat sich jedoch mit dem Antrag Dr. Schmidt u. Gen. der dahingeh.: den Magistrat zu ersuchen: 1. bei der Auswahl der Mitarbeiter des Oberstadtschulrats auch solche Persönlichkeiten zu berücksichtigen, welche die Anschauungen der Mehrheit der städtischen Eltern Berlins vertreten; 2. dem Oberstadtschulrat anzurufen, daß er Schritte zur grundsätzlichen Umgestaltung des Schulwesens nur mit Genehmigung der Schuldeputation vornimmt. —

Darauf nahm der Magistratsvorsitzende

Oberstadtschulrat Paulsen

das Wort zu einer längeren Programmrede. Einleitend hat er, ohne seinen Einbild in keine schulpolitischen Pläne gewahren wollte, alle Parteien gegenläufige beiseite zu lassen. Alle, die sich um Kultur mühen, händeln sich innerlich sehr viel näher, als es die Parteiprogramme erscheinen lassen. Vor dem Antlitz der Jugend möge man einmal den Parteihaber schweigen lassen.

Das Kind muß sich aus einem Postkasten in einen Aktionsposten in der Schule verwandeln. Das Kind blühe sich selbst aus sich heraus, an uns lei es, ihm in der Familie und Schule die Stätte dazu zu bereiten. Die Schule sei auf Geduld und Verderb mit unserem Zukunftsschicksal verbunden. Nach Entzündung und Andeutung der verschiedensten pädagogischen Grundzüge tritt er für die von ihm propagierte Gemeinschaftsschule ein und betont, daß es ihm als höchste Aufgabe erscheine, ideale und kulturelle Gesichtspunkte in die Schule einzuführen. Die Volksschulen müssen in kleinere Schulkreise umgeformt werden. Die neue Schule könne nicht von heute auf morgen geschaffen werden, das erfordert schon äußerlich erhebliche finanzielle Aufwendungen. Aber innerhalb gewisser Grenzen müsse Opfer gebracht werden über dem finanziellen Aufbau anderer Gemeinwesen dürfe das kulturelle nicht veräußert werden. Die innere Umgestaltung der Schule könne ohne wesentliche Schwierigkeiten erfolgen, denn er habe aus den verschiedensten Kreisen der Pädagogen und den verschiedensten Kreisen von Eltern und Gebildeten weit und breit in erstaunlichem Maße die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit erhalten, sowohl aus dem engeren Berlin, als auch aus Neutölln, Spandau, Lichterfelde usw., und so gehe er getrost an die Arbeit. Vor allen Dingen müsse die Schule von jeder bürokratischen Einengung und Einschränkung befreit bleiben. Er werde keine ganze Kraft dafür einbringen, die feindlichen Gegenkräfte zu überbrücken. Die neue Schule solle von Postkast und Parteiprogramm frei bleiben. Jeder Mißbrauch unserer Jugend für politische Zwecke niedrige unsere Schule! (Zustimmung links.) Wo in dieser Beziehung in jüngster Zeit gefehlt worden sei, sei eine Unterbindung eingeleitet worden, bzw. werde eine solche eingeleitet werden. Redner empfiehlt schließlich die Anträge auf Schaffung der drei Delegationen, die eine Gewährleistung für Entfaltung der Kraft bedeuten, welche nötig sein wird, um die Schule von Alt-Berlin auf Neu-Berlin umzuformen. Volksschule, Fortbildungsschule und Volkshochschule müssen die Basis für die Entwicklung unserer Jugend in der Zukunft sein. (Lebh. Beifall und Handklatschen links.)

Stadtverordneter (Ztr.) verweist darauf, wie gut es gewesen wäre, wenn der Herr Oberstadtschulrat vor erfolgter Wahl sein Programm vor der Stadtverordnetenversammlung entwickelt hätte. Gewiß habe der Herr Oberstadtschulrat eine Reihe Gedanken entwickelt, die eine Basis der Verständigung bilden könnten, aber seine Freunde von links werden ihn schon auf Wege drängen, die er nicht wolle. Redner tritt für den Antrag Schmidt ein.

Stadtverordneter Prof. Dr. Kirchner (Dn. Sp.): Der Magistrat habe sich selbst ein, doch mit einem Stadtschulrat nicht auskommen sei. Wer die Rede ruhig und objektiv angehört hat, müßte sich am Schluß fragen: Was hat er eigentlich gesagt? (Sehr richtig!)

Zur Geschäftsordnung erklärt der Genosse Bieltz, daß sich die unabhängige sozialdemokratische Fraktion gegen eine beleidigende Äußerung, welche der Vortrags-Stellvertreter Schwarz gegen die Beisitzerin Demming gebraucht habe, verwahre. Nach einer längeren Debatte erklärt der Stadtverordneter-vorsteher-Stellvertreter Schwarz, daß es nicht in seiner Absicht gelegen hat, Frau Demming zu beleidigen. Diese gibt sich mit dieser Erklärung zufrieden, bemerkt aber, daß sie aus den Worten des Herrn Schwarz die Absicht einer Beleidigung entnehmen mußte.

Stadtverordneter Oberlehrer Dr. Lohmann (S. P. D.) bringt dem Oberstadtschulrat das große Vertrauen entgegen und teilt dessen Ausführungen über die Notwendigkeit einer Reform unseres Schulwesens bei. Der Stadtschulrat sei nicht der Utopist und weisfremde Schwärmer, wie ihn die Gegner so gerne hinstellen. Die Schule der Vergangenheit müsse durch die Schule der Gegenwart abgelöst werden, denn tatsächlich habe die Schule der Vergangenheit den Zusammenhang mit der Gegenwart verloren. Die beiden Abteilungen des Antrages Dr. Schmidt müssen entschieden abgelehnt werden. Das darin enthaltene Mißtrauen gegen den Stadtschulrat sei durchaus nicht gerechtfertigt.

Stadtverordneter Mertens (Dem.) wendet sich gegen eine Ausführung des Oberstadtschulrats über das Altberliner Schulwesen. Die Ausführungen des Stadtschulrats seien zweifellos getragen von großem Idealismus, und er sei ein Mann, der zu seinen Idealen und seiner eigenen Auffassung steht. Gegen einzelne programmatische Ideen des Schulrats müssen ganz erhebliche Bedenken geltend gemacht werden.

Oberstadtschulrat Paulsen erklärte dem Redner, daß er auch für kritische Entloftung sei. Wo aber das die Hemmnisse wolle, müsse resolut damit gebrochen werden. Er bedauere auch, daß Kollege Mertens aus seinen Worten herausgehört habe, daß er die heutige Schule für minderwertig halte. Sie habe aber ihre historische Mission erfüllt, man müsse neue Bahnen suchen.

Genosse Dr. Löwenstein

geht zunächst auf die bekannten Vorgänge bei der Wahl des Oberstadtschulrats ein und wendet sich dann den Ausführungen der Stadtverordneten Kirchner und Mertens zu, um festzustellen, daß auch seine Partei für die Entloftung der Schule eintritt. Tatsache sei aber, daß es gerade die bürgerlichen Parteien sind, die in die Politik in die Schule hineintragen und an der politischen Verbeugung der Schuländer arbeiten, was Redner an Hand einiger Beispiele nachweist. Die Unabhängige Sozialdemokratie tritt ein für Entloftung der Schule, sie führt aber als Partei den Kampf um die Schule mit allen Mitteln ihrer materiellen und politischen Weltanschauung. Aus den Ausführungen des Herrn Kirchner geht ein Mißverständnis über den Sozialismus hervor. Wer die Arbeiterbewegung kennt, weiß, daß das Proletariat den Kampf führt um die Umgestaltung der Gesellschaft, nicht für materielle Vorteile, sondern für eine ideale Bewegung gehen die Arbeiter in den Kampf, selbst unter Einschnürung ihres Lebens. Unter weiteren Ausführungen auf die ideale Seite der Arbeiterbewegung kommt Redner dann auf die neue Schule zu sprechen, welche nicht aus der Krise hervorgeht, sondern aus einer völligen Umformung. Auf die Familienziehung eingehend, weist Redner nach, daß alle Liebe der Mutter und alle Sorgfalt des Vaters nur ausreichen, wenn die materielle Grundlage vorhanden ist. Auf die Erziehung über auch die wohlhabenden Verhältnisse einen großen Einfluß aus, denn in den Proletariatswohnungen, wo kein Sonnenstrahl hineinschneit, kann von Erziehung keine Rede sein. Sie (nach rechts) haben kein Recht, von der Heiligkeit der Familie zu reden, weil sie durch Unterdrückung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Frau von ihrem ureigenen Beruf als Erziehlerin hinweggerissen haben. Die Erziehung ist eine allgemeine, eine öffentliche Angelegenheit. Auf die religiöse und kirchliche Erziehung eingehend, weist Genosse Löwenstein den bürgerlichen Parteien Intoleranz vor, da sie verlangen, daß die Kinder unter dem Einfluß der Kirche gestellt werden, trotz gegenteiliger Ansicht der Eltern. Die Sozialdemokraten jedenfalls verzichten auf eine derartige Beeinflussung. Wie Unabhängigen Lehnen grundsätzlich den Religionsunterricht in der Schule ab. Zu dem Antrage des Zentrums lag der Redner, daß jeder, der in den einhelligen Aufbau der neuen Schule nicht hineintrah, abzulehnen ist, das heißt, daß im Rahmen des Gesetzes alle programmatischen Schuländerungen durchzuführen sind. Redner kommt dann noch auf die Elternvereine zu sprechen, um deren Einfluß zu verdrängen wir alles daransetzen werden, die Aufklärungsarbeit zu verdoppeln. Nach einer Zitierung von Marx lag er zum Schluß, daß wir untrüben Kampf einnehmen haben auf die Befreiung der Menschheit von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, dem entspricht auch unser Schulbeal, das eingeleitet ist auf den Kampf für die Gemeinschaftsschule. (Lebh. Beifall bei der sog. Partei)

Die weitere Aussprache über die Schule wird nunmehr vertagt, da noch eine Reihe von Rednern gemeldet sind. Hingegen wird der Antrag auf Schaffung von drei Delegationen für die Schulverwaltung einstimmig angenommen.

Es schloß sich nunmehr noch einige kleinere Vorlagen ohne wesentliche Aussprache zur Annahme. Darauf wurde die Sitzung um 9 1/2 Uhr geschlossen.

Die Sympathie der Sympathisierenden

Während des Rutes hat die KPD „Situationsberichte“ an alle Ortsgruppen geschickt. In diesen Mitteilungen werden alle möglichen übertriebenen optimistischen Mitteilungen gemacht. Interessanter ist aber das Verhältnis der KPD zur KPD. So heißt es in einem Situationsbericht vom 26. März:

Gestrigte Mitteilungen über KPD zu ergänzen, zum Teil zu berichtigen: Berliner Zeitung gutwillig, doch gehindert durch lokale Gewohnheiten, durch widersprechende Tendenzen und Zurückhalten der Reichsleitung. Unsere Aufgaben: Gemeinsame Aufrufe sind gut, doch muß erreicht werden, daß die Arbeiter-Union mitunterzeichnet. (Katholik auch komm. Gewerkschaftsfraktion.) Doch können solche Aufrufe nur direkte nächste Aufgaben betreffen. Maxime Aufrufe nur dann, wenn unsere klare Einstellung auf Endkampf klar zum Ausdruck kommt. Sobald Arbeiter wieder in Betrieben, Aktionsrat v. oben ersetzen durch Aktionsausschüsse von unten (nur aus Betrieben) und deren Zusammenfassung.

Truppentransporte mit allen Mitteln verhindern. — Täglich kurzen Bericht geben. Bezugsapparat der KPD (Abgeordnete, Stadträte, Bezirksräte) als Hemmnis benutzten und beseitigen. Illegale Umstellung des Parteiapparates durchführen.

Die Sympathisierende Partei, die ihre Hauptaufgabe in der Vernichtung der Organisation ihrer Verbündeten sieht — dieser Strich hat in dem reisenden Bilbe des kommunistischen Abenteurers gerade noch gefehlt.

Aber er macht es noch immer nicht vollständig. Die Herbeiführung eines offenen Hervortretens der Konterrevolution ist das weitere Ziel dieser Sorte von Revolutionären.

Der „Vorwärts“ kann ein geheimes Rundschreiben der KPD, Groß-Berlins an ihre Mitglieder veröffentlicht in dem der KPD, zunächst noch einmal auf jene seltsame Art die Sympathie ausgesprochen wird. Jede Verbindung, heißt es dort, mit einer legalen Körperschaft bedeutet praktisch: die Organisation der Konterrevolution ausliefern. Hier gibt es nur eins, entweder Verzicht auf den Kampf, oder Verzicht auf die Legalität. Die KPD, mühte sich nicht zu halten und den Generalkrieg abzuwerfen. Was in der heutigen Situation bedeutet, die Konterrevolution abstellen. An diesem Widerstand hat sich der ganze Organisationsapparat warm gehalten und die schleichende Krise in der KPD, zu einer akuten gemacht.

Diese Krise in der KPD, suchen die Sympathisierenden auszunutzen, um die Parteiorganisation der vereinigten Kommunisten zu zerstören. Darum wird befohlen:

Aufgabe unserer Genossen muß es sein, den revolutionären Genossen der KPD, diese Zusammenhänge klarzulegen, sie einzureihen, den Kampf gegen die Gewerkschaften und Betriebsräte in verkürzter Form aufzunehmen und das Schwerkgewicht der Propaganda neben der KPD, auf die Aktionsausschüsse zu legen.

An einer anderen Stelle aber heißt es:

Es muß daher Aufgabe einer revolutionären Partei sein, mit allen revolutionären Mitteln die Konterrevolution so lange zu provozieren, bis sie offen auf den Plan zu treten gezwungen ist. Nur dadurch werden dann große Schichten der Arbeiterkraft gezwungen, sich klar zu entscheiden. Das Ziel, die Herausbildung der reinen Klassenkampffront kann nur auf diesem Wege erreicht werden.

Somit bedeutet der Ausgang der jüngsten Aktion, der übrigens, wie aus dieser geheimen Instruktion ebenfalls hervorgeht, bald ein neues ähnliches Unternehmen folgen soll, zweifellos einen Erfolg der Konterrevolution, denn daß die Konterrevolution durch sie ermüdet und gestärkt worden ist, liegt auf der Hand. Welch ein Wahnsinn!

Änderungen in der Unfallversicherung

Der Reichstag hat am 10. März d. J. ein Gesetz, betreffend Änderungen in der Unfallversicherung, verabschiedet. Es wird in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden und damit Rechtskraft erhalten. Die wesentlichsten Vorschriften des Gesetzes sind folgende:

1. Die sogenannte Drittlingsgrenze, d. h. die Grenze, bis zu welcher der Jahresarbeitsverdienst in der Unfallversicherung bei der Rentenermittlung und der Umlage voll angerechnet wird ist von 1800 M. auf 10 200 M. erhöht worden.
2. Die Unternehmer können künftig durch die Schaffung des Versicherungsträgers ohne jede Beschränkung zur Unfallversicherung herangezogen werden.
3. Die Versicherungsgrenze für Betriebsbeamte, die Grenze, bis zu der in der See-Unfallversicherung der Jahresarbeitsverdienst berücksichtigt wird und die Grenze für die Selbstversicherung der Unternehmer ist auf 40 000 M. erhöht worden.
4. Die Vorschriften über die Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sind in veränderter Fassung wieder in Kraft gesetzt worden. Bis zur Neu festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste durch die Oberverversicherungsämter sollen die zuletzt vor dem 1. August 1914 festgestellten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste unter einer Erhöhung um 500 vom Hundert der Rentenberechnung und der Umlage zu Grunde gelegt werden.
5. In der See-Unfallversicherung sollen der Rentenberechnung und der Umlage künftig nicht monatliche Durchschnittsbeurteilung, sondern Tariflöhne zu Grunde gelegt werden.
6. Für das Jahr 1921 sollen den Empfängern von Unfallrenten, denen auf Grund der Verordnung vom 5. Mai 1920 Zulagen zufließen, diese Zulagen in doppeltem Betrage gewährt werden.
7. Im § 1006 der Reichsversicherungsordnung ist für den Mindestbeitrag zu einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ein einheitlicher Höchstbetrag von 20 M. festgelegt worden.

Verhaftungen in Duisburg. Donnerstag nachmittag verhaftete die französische Besatzungsbehörde den ersten Beigeordneten Kreisverwaltungsrat Dr. Kallweg und den Polizeikommissar Klein ohne Angabe von Gründen. Die Verhafteten wurden in das Gerichtsgewahrsam abgeführt.

Der Hermesprozess vertagt. Der für gestern anberaumte Termin in der Klage des Ernährungsministers Hermes gegen den „Vorwärts“-Redakteur Dr. Weiser, wurde auf den 9. Mai vertagt, da ein wichtiger Zeuge wegen Erkrankung nicht erschienen war.

Die deutschen Gefangenen in Inzestrasen. Die Konzentrierung der in Inzestrasen (Teres-Kabadon-Gebiet) befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen ist soweit vorgeschritten, daß nunmehr mit deren Heimtransport aus Komoroff begonnen werden kann. Die Gesamtzahl beträgt schätzungsweise 15 000 Mann, darunter 2000 Reichsdeutsche. Als erstes Schiff trifft voraussichtlich der Dampfer „Wibbert“ am 11. Mai in Komoroff ein. Briefe an Gefangene, die sich in Inzestrasen befinden, sind bis zum 22. April an die „Dienststelle der Admiralität“ in Hamburg mit der Aufschrift „für Komplex Wibbert“ unter genauer Angabe der Adresse des betreffenden Gefangenen zu richten.

Klara Zetkin gegen das Butschverbrechen

Die „Rote Fahne“ und die Kommunistische Zentrale hat ihren Parteigenossen die wirklichen Vorgänge in der entscheidenden Sitzung ihres Zentralaussschusses verschwiegen. Ebenso schweigt sie jetzt die Levi-Broschüre vollkommen tot. Noch nicht mit einer Zeile hat sie über ihr Erscheinen, geschweige denn über ihren Inhalt berichtet. Nachdem sie hunderte Arbeiter in Maschinengewehre gejagt, tausende in die Gefängnisse gebracht, ist sie zu feig und zu hinterhältig, um über die wichtigsten Vorgänge in ihrer Partei den Genossen zu berichten. Sie solle den „Kindschäpfen“, „Schandbuben“, „Achtgroßhungen“, wie Paul Levi aus genauester Kenntnis diese Leute kennzeichnet, blind parieren.

Wir sehen uns daher veranlaßt, den Arbeitern der kommunistischen Partei einige wichtige Mitteilungen zu machen, die ihnen ihre „Führer“ schuldig bleiben, und geben den Antrag wieder, den Klara Zetkin im Zentralaussschuß einbracht hatte und den die „Rote Fahne“ unterdrückt hat. Er lautet:

Der Zentralaussschuß der K.P.D. mißbilligt auf das Schärfste, daß die Zentrale darauf verzichtet hat, die Forderungen des „Offenen Briefes“ und des Bündnisses mit Sowjetrußland zu den Kampfesobekten einer traftlosen Offensivaktion gegen die Bourgeoisie und ihren Staat zu machen. Diese Aktion wäre dazu angetan gewesen, breite proletarische Massen zu mobilisieren, Teile des Klein- und Mittelbürgertums in den Kampf zu ziehen, damit zweifach die Macht des revolutionären Proletariats zu stärken und in ihrer zwangsläufigen Steigerung über sich hinaus und zu weitergesteckten Zielen zu führen.

Der Zentralaussschuß der K.P.D. mißbilligt es des weiteren auf das Schärfste, daß die Zentrale zu der jüngsten Aktion aufgerufen hat, die nach Art ihrer Entstehung und Durchführung eine verhängnisvolle Frucht bakuninischen Butschismus

ist. Diese Aktion erfolgte ohne die unbedingte Unterstützung der gegebenen wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Situation, ohne Fühlung mit breiten proletarischen Massen, ohne konkrete Kampfschritte, die diese zum Vorstoß wider den Kapitalismus und die bürgerliche Ordnung führen mußten und ohne gewissenhafte Vorbereitung.

Sie mußte aus dem gewollten gewaltigen Sturm auf proletarischer Masse gegen die Ausbeutenden und den Ausbeutertum zum Kampfe der Partei gegen proletarische Massen werden. Der unklugste Vorstoß hat die K.P.D. in der Einschätzung der Feinde aus einer gefährdeten Nacht in einen

Popanz für gegenrevolutionäre Zwecke

verwandelt. Er hat die härtere Bewaffnung der Bourgeoisie und weitere Entwaffnung des Proletariats bewirkt. Er hat die Partei von den Massen isoliert, eine Mauer des Mißtrauens zwischen ihr und ihnen errichtet, die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften ungemein erschwert und die Arbeiter den Gewerkschaftsbureaufüraten, den Scheidemannern und Hilferdingen, wieder in die Arme getrieben. Er hat die Kraft der Partei geschwächt, die Revolution in Deutschland voranzutreiben, aktivste Solidarität mit Sowjetrußland und den kämpfenden Proletariern anderer Länder zu üben. Er hat mit dem allen die moralische Macht der 3. Internationale erheblich geschwächt, deren härteste nationale Sektion in Westeuropa die K.P.D. ist.

Der Zentralaussschuß mißbilligt es im besonderen auf das Schärfste, daß die Zentrale sich nicht mit der gebotenen Entschiedenheit und Eindeutigkeit gegen die charakteristische Wesensänderung des Butschismus gewandt hat: gegen die vielen Terrorakte, die in den meisten Fällen nicht unabwendbare Kampfesnotwendigkeiten waren; daß die Zentrale nicht mit allen ihr zur Verfügung stehenden disziplinarischen Machtmitteln die Durchführung solcher Terrorakte durch Kommunisten verhindert hat.

Der Zentralaussschuß mißbilligt auf das Schärfste das Verhalten der politischen

Redaktion der „Roten Fahne“.

Auch sie hat die große sichere Richtlinie aus den Augen verloren, die für die Partei als Führerin von Massenaktionen durch die Beschlüsse der 3. Internationale mit aller Bestimmtheit gezogen worden ist. Sie hat ebenso einseitig und kritiklos in den Butsch

getrieben, als nach der Niederlage Kleinfaut und ohne Stolz abgeklaut.

Der Antrag sucht dann die Rettung für die Partei in unerbittlicher Selbstkritik. Sie müsse ohne falsche Scheu alle ihre Schwächen und Fehler aufdecken und sich mit der größten Entschiedenheit von der Taktik des Butschismus loslagern. „Revolutionäre Gymnastik in der Parteistube wird nicht revolutionärer Massenkampf.“ Nur so würde die Partei wieder kampfbereit werden. — Ausführungen, von denen man sagen muß, daß sie heute viel zu spät kommen. Der Antrag schließt:

Der Zentralaussschuß beschließt die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitag, damit die gesamte Parteigenossenschaft zu den Streitfragen Stellung nimmt, die die abgeschlossene Aktion aufrollt, und damit klare Beschlüsse die Partei für ihre künftigen Kämpfe rufen. Er fordert die Parteigenossen auf, die Reihen zu schließen und den dargelegten Gesichtspunkten getreu den proletarischen Massen im Ansturm gegen den Kapitalismus wegwelfend und beispielgebend voranzuschreiten.

Die Einberufung des Parteitag ist bekanntlich abgelehnt worden. Die selbstherrliche Zentrale traut sich das nicht.

Für den Antrag Zetkin stimmten nur folgende Mitglieder des Zentralaussschusses: Fries-Köln, Sievers-Neußlin, Söttge-Bernburg, Fiebler-Halle und Anna Gezer.

Paul Levi gegen die Moskauer Exekutive

Das vierte Kapitel der Broschüre von Levi, „Unser Weg“, handelt von den Beziehungen der K.P.D. zu der kommunistischen Internationale.

Die Beziehungen müssen erörtert werden, schreibt Levi, nicht nur, weil eine so katastrophale Niederlage der K.P.D. auch die kommunistische Internationale trifft, sondern weil, ohne daß auf Einzelheiten eingegangen werden kann, das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale mindestens ein Teil der Schuld trifft.

Zunächst das eine. Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale sah und sieht eine gewisse Gefahr (1) in unserer und anderer Genossen ziemlich stark antipathischen Haltung. Es ist darob so sehr beunruhigt, daß es seine Kundgebungen Späher und Deuter auszuland hat, um festzustellen, ob nicht da und dort bereits „Opportunismus“ sei. Es gerät, darüber ganz offen zu reden und zu sagen: diese ganze Einschätzung ist unrichtig.

Levi führt aus, daß von einer opportunistischen Gefahr keine Rede sein könne und fährt fort:

Dagegen besteht innerhalb des Rahmens der K.P.D. eine Gefahr des Butschismus. Wieviel uns der Butschismus schon gekostet hat, werde ich am wenigsten dem Genossen Kadel lösen müssen, der 1919 die Dinge von der Höhe verfolgt hat. Nun waren die Genossen der Exekutive und, ihnen allmählich folgend, Genosse Kadel, nach uneren Auseinandersetzungen mit der K.P.D., in der sie theoretisch uneren Standpunkt teilten, der Auffassung, daß nunmehr die Gefahr des Butschismus überwunden sei, und daß etwas mehr — sagen wir — „Unruhe“ nicht schaden könne. Diese Auffassung war falsch. Die Gefahr des Butschismus war nicht überwunden. Ferner denn je galt es, das Rad zu halten gegen den Butschismus; die Genossen der Exekutive waren anderer Meinung und — nun steigt das Schiff auf dem Felsen.“

Die Exekutive wünscht mehr Krach

Abgesehen von der verchiedenen Einschätzung der Butschgefahr in Deutschland, ist noch eine zweite untergeordnete Differenz in der Beurteilung unserer Tätigkeit in Deutschland. Die Art unserer Propaganda, unseres Auftritts im Parlament usw. wird nicht für revolutionäre genug gehalten. Ueber gewisse Dinge, namentlich die agitatorische Wirksamkeit der „Roten Fahne“, besteht auch kein Streit. Zum größten Teil aber scheinen uns auch hier die Beschwerden des Exekutivkomitees auf falscher

Einschätzung zu beruhen. Es möchte mehr... Krach, mehr Krach, Ich bin aber offen genug, zu sagen, daß wir auch hier schon unsere Erfahrungen gesammelt haben, und die lauten anders. Auch wir haben zu Anfang der Revolution unsere Wanderredner und Propagandisten hinausgeschickt, die ein kräftig Wortlein redeten. Sie hatten in der ersten Versammlung großen Zulauf und nach der zweiten schrieben uns unsere Organisatoren, wir möchten ihnen andere Redner schicken, die Arbeiter wollten das Geschimpfe nicht hören. Wir müssen auch offen sagen: ein großer Teil der Propagandaliteratur, Aufrufe usw., die wir aus Rußland erhalten, sind für uns entweder schädlich oder, ob ihrer allzu robusten Form, nicht so nützlich, wie sie es nach ihrem Inhalt sein könnten. Wir erinnern an einen Fall, wo nach dem einstimmigen Votum der deutschen Parteizentrale eine Schrift für ungeeignet erklärt wurde, die dann über unsere Köpfe hinweg doch veröffentlicht wurde.

Genau so ist es mit dem Auftreten der Parlamentarierfraktion. Eine kommunistische Parlamentarierfraktion, die eine revolutionäre Situation nicht gebührend und mit allen Mitteln auszunutzen würde, wäre pflichtvergeßen. Aber revolutionäre Situationen können im Parlament am allerwenigsten „gemacht“ werden. Eine Parlamentarierfraktion, die nun außerdem alle Zeit in einem Butschlocher herumtoben würde, würde sich lächerlich machen. Es kommt bei allem auch wieder zum Ausdruck: der deutsche Arbeiter ist nachdenklich und theoretisch. Vielleicht viel zu viel; aber man kann ihn nicht durch Schimpfen zu etwas bringen; er will überzeugt sein.

Alles dieses sind aber Dinge, die völlig zurücktreten hinter die Aufgaben der kommunistischen Internationale und der praktischen Lösung ihrer Aufgaben.

Zunächst das eine. Wir glauben, daß nicht nur hier in Deutschland, sondern überall empfunden wird, daß die Leistung der Exekutive ungenügend ist. Das liegt nicht nur an der Tatsache, daß an ihrer Spitze weder ein Marx, wie an der Spitze der 1. Internationale, noch ein Lenin steht. Es liegt an großen technischen Schwierigkeiten, Mangelhaftigkeit der Postverbindungen usw. So ist die Exekutive von Westeuropa, ihrem wichtigsten Tätigkeitskreis, isoliert. Wir glauben, daß das nicht am wenigsten die Exekutive selbst empfindet.

Das Moskauer Epistel-Stem

Als Russoweg aber blickte sie einen, der der allerunmöglichste war, und über den zu reden ich als Vorsitzender der Partei mit etwas Zurückhaltung auertreten mußte, über den ich aber als Parteimitglied mit aller Offenheit reden kann. Es ist das Epistel der Vertrauensleute, zunächst ist natürlich Rußland nicht in der Lage, die besten Kräfte abzugeben. Die haben in Rußland Posten, an denen sie nicht zu ersetzen sind. So kommen nach Westeuropa Kräfte und Genossen, jeder einzelne voll des besten Willens, jeder einzelne voll eigener Gedanken, und jeder einzelne voll des Eifers, um einmal zu zeigen, wie er die Sache schmeißt. So wird Westeuropa um Deutschland zum Versuchsfeld für allerhand Staatsmänner im Du-Bellemerat, von denen man eine Einschätzung hat, daß sie hier ihre Kräfte entwickeln wollen. Ich habe nichts gegen die Teilnehmer und wünsche ihnen nichts Böses; aber ich habe oft den Eindruck, diese Kräfte würden bei ihren Kunststücken dort weniger Schaden anrichten.

Verhängnisvoll wird die Sache aber dann, wenn Vertreter erlaubt werden, die nicht einmal menschlich die nötigsten Garantien bieten. Ich muß auch hier noch einmal auf die italienische Angelegenheit zurückkommen. Der Genosse Katozzy, der in Italien die dritte Internationale vertritt, kam von da nach Deutschland. Er wurde in die Sitzungen der Zentrale wie des Zentralaussschusses als Vertreter der Exekutive eingeführt. Er hat dort wirklich ausgeführt, man habe in Italien „ein Exempel Katozzy“, er hat privat wie öffentlich erklärt, auch die deutsche Partei müsse wieder geschlossen werden.

Levi teilt dann mit, daß die Reden stenographiert wurden. Diese Vorsicht hat aber nachher Kadel nicht gehindert, alle Äußerungen des Katozzy einfach abzuleugnen. Aber selbst, wenn Katozzy das gesagt hätte, schreibt Levi:

Diese Äußerung enthält eine geradezu lehrerliche Art, mit Parteien, Dingen und Personen zu spielen. Genosse Kadel erklärt, zu einer solchen Äußerung sei Katozzy nicht bevollmächtigt gewesen. Nun, Genosse Katozzy war der Bevollmächtigte des Exekutivkomitees in Livorno. Er gab uns die authentische Erklärung

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten
Roman von Upton Sinclair

Was dem Manuskript übertragen von Hermann zur Meißner
Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Gelände 1921

(Fortsetzung.) (Kadbrud verboten.)

Seitdem Peter die roten kannte, die die Paläste der Millionäre in die Luft sprengen wollten, stand er noch unerschütterlich auf der Seite seiner Götter und Göttinnen. Jedemal wenn sie angegriffen wurden, wuchs seine Liebe zu ihnen. Er lehnte sich danach, mit ihnen zusammenzutreffen und ihnen leidenschaftlich aber ehrfurchtsvoll Treue zu schwören. Beglückt malte er sich ein Bild aus: er steht im Palast eines Millionärs vor einem silbernen Ruhelager und erstarrt dem Millionär sein. Peter Subges, Verständnis für die Schönheit und Pracht der Welt.

Und jetzt sollte er einen Millionär kennen lernen, es war seine Pflicht, mit ihm vertraut zu werden! Freilich war gerade bei diesem Millionär etwas nicht in Ordnung — er gehörte zu den Wahnsinnigen, die aus irgendeinem unbegreiflichen Grund mit Bombenwerfern und Mördern sympathisieren. Peter war im Heim des Todds Salon-Roten begegnet, schimmernden prächtigen Damen, die in großen glänzenden Automobilen vorfahren. Doch wußte er damals nicht, ob diese wirklich Millionärinnen seien, und Sadie, an die er diese Frage richtete, erwiderte etwas vag, jeder in der radikalen Bewegung, der sich ein Automobil oder einen Grad leisten konnte, werde von den Zeitungen ein Millionär genannt.

Der junge Ladman jedoch war ein wirklicher Millionär, erklärte Mc Givney, — und deshalb konnte ihn Peter trotz seiner verrückten Ideen bewundern, von denen der Ratten-geschäftige mit ehrlicher Bewunderung sprach. Der junge Ladman leitete eine Anabenschule; handelte einer der Schüler unrecht, so bestrafte der Lehrer sich selbst, anstatt des Anaben. Peter müsse vorgeben, sich für dieses Erziehungsproblem zu interessieren, auch müsse er zumindest die Titel der Bücher kennen, die Ladman geschrieben hatte.

„Wird er sich denn überhaupt mit mir abgeben?“ fragte Peter.

Freilich. Er weiß, daß Sie im Gefängnis waren, für Ihre pazifistische Ueberzeugung gelitten haben. Sie müssen ver-lagen, sein Interesse für die Antidienstpflicht-Liga zu er-

weden. Sagen Sie ihm, die Liga solle eine nationale Organisation werden und handeln, nicht bloß reden.“

Der junge Ladman lebte im Hotel de Soto; da Peter diese Adresse hörte, lebte sein Herz vor Freude. Das Hotel de Soto war der Olymp von American-City. Peter war oft an dem weißen Gebäude vorübergeschritten, hatte dessen Bronzetür aufgehen, die Glücksfinder der Erde herauskommen und ihren Jaubergfahrten zustreben gesehen. Es jedoch hatte er daran gedacht, auch er würde einmal durch die Bronzetür schreiten, in die inneren geheimnisvollen Heiligtümer eindringen.

„Wird man mich hineinlassen“, fragte er. Mc Givney lachte. „Benehmen Sie sich, als ob alles Ihnen gehörte. Halten Sie den Kopf hoch, tun Sie, als hätten Sie Ihr Leben lang dort gewohnt.“

Es war leicht für Mc Givney, dies zu sagen, Peter aber konnte sich in diese Lage nicht recht hineinsetzen. Jedemfalls wird er sein möglichstes tun, Mc Givney hat sicherlich recht, auch Frau James hatte ihm ähnliche Ratssätze gegeben. Man muß die anderen Leute beobachten, sie im geheimen nahahmen und sich dann wie sie benehmen, als hätte man dies schon immer getan. Das ganze Leben ist ein ungeheurer Bluff; um sich zu ermutigen, braucht man bloß daran zu denken, daß alle anderen genau so bluffen wie man selbst.

Um sieben Uhr abends erschien Peter vor der Bronzetür, berührte die Klinke und schon ward sie von einem blau-uniformierten Türhüter geöffnet, und die kleinen Listjungen mit den vielen glänzenden Knöpfen blühten nicht einmal auf, da Peter an ihnen vorüberschritt und beim Portier nach Herrn Ladman fragte.

Der hochmütige Portier übergab Peter einem noch hochmütigeren Telefonangestellten, der sich herabließ, in ein Telefon zu sprechen und Peter dann mitteilte, Herr Ladman sei ausgegangen, werde um acht Uhr zurück sein. Peter wollte eben die Hotelhalle verlassen, um bis acht Uhr auf der StraÙe zu warten, als ihm einfiel, daß ja alle anderen auch bluffen. Er ließ sich in einem weichen Lederlehnstuhl nieder, der so groß war, daß drei Menschen darin Platz gehabt hätten. Dort saß er, sah lange, und niemand sagte ein Wort.

Ja, dies war der Olymp und hier waren die Götter; die Göttinnen in einem Zustand göttlicher Halbnahtheit; die Götter im schwarzen Grad, mit gefalteter, herorstehender Semdbrust. Jedemal, wenn sich ein Herr der Portierloge

näherte, blühte Peter hin, fragte sich, ob dies wohl Herr Ladman sei? In einer gewöhnlichen Menge hätte er wohl vermocht, einen Millionär zu untercheiden, hier jedoch strebte jeder Gott an, wie ein Millionär auszusehen, und erschwerte dadurch Peters Aufgabe.

Eine mächtige Säule ragte aus der Halle zu dem fernen Wasond auf. Die Säule war aus blassem, grüngestreiftem Marmor, und Peters Augen schweiften sie entlang, bis zu der Stelle, wo sie an der Decke in eine duftige weiße Wolke überging. An jeder Ecke der Säule war ein Füllhorn angebracht, aus diesen Füllhörnern quollen Rosen und Schleifen, immer mehr Rosen und Schleifen, die sich wie ein Netz über den Wasond spannen. Aus dem BlumenGewirr blühte hier und dort ein lächelndes Engelsgesicht hervor. Peter staunte über dieses architektonische Wunder.

Die gleiche verschwenderische Pracht herrschte im ganzen Hotel de Soto, Peter unterlag dem Eindruck, den all dies auf ihn hervorgerufen wünschte — empfand Verblüffung und Ehrfurcht, die Erkenntnis, daß die Leute, die in einer derartigen Umgebung leben, Menschen sind, für die Geld etwas Nebenwichtiges bedeutet, etwas, das sie in vollen Strömen ausgießen können. Alles ringsum strebte diesen Eindruck an, — sogar die Götter und Göttinnen. Bisweilen rauschte eine Göttin vorüber, ein Diadem im Haar, und Peter versuchte, die Steine des Diadems zu zählen. Auch ihr schwarzes Spitzenkleid regte zum Nachdenken an — handgestickte goldene Schmetterlinge schmückten es, man konnte ausrechnen, wie viel Schmetterlinge auf einen Meter kamen, oder man konnte die schimmernden Blättchen ihrer Schuhe zählen, das zarte Muster ihrer durchsichtigen Strümpfe betrachten.

Peter sah herrliche Göttinnen aus dem Lift steigen und dem Speisesaal zuzurufen. Manche Menschen wären über ihre Gewandung hochgeert gewesen, Peter jedoch, in dessen Gedächtnis das Bild des Olymps haftete, dachte sie vollkommen richtig.

Zweimal ging Peter zu der Portierloge, um sich nach Herrn Ladman zu erkundigen, der noch immer nicht heimgekommen war — mutiger werdend, wagte er sogar in der Halle auf und abzuschreiten. Um die Halle zog sich ein großer Balkon, und Peter begab sich dorthin, um zu sehen, was es dort gebe. Er fand bequeme Lehrstühle und Chaiselougen aus dunkelgrauem Sammet; anscheinend war dies der Ort, wohin sich die Göttinnen zurückzogen. Peter setzte sich in eine verborgene Ecke und wartete.

(Fortsetzung folgt.)

Forderungen der Berliner Arbeiter- und Angestellten-schaft zur städtischen Siedlungs- und Wohnungspolitik

Die Berliner Gewerkschaftskommission und der Afa-Bund schreiben uns:

Die Wohnungsnot in Berlin wird immer größer. 120 000 Wohnungsuchende sind in den städtischen Listen eingetragen und fordern, kulturwürdig untergebracht zu werden. Wir müssen bauen um jeden Preis! Zu diesem Urteil kommt nicht nur die Leiterin des statistischen Bureaus im Berliner Wohnungsamt in ihrem am 3. April im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Artikel „Die Bilanz des Berliner Wohnungsamtes“, sondern das ist auch die Auffassung der gesamten freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins.

Diese Arbeit doppelt: An den Folgen der Wohnungsnot und vielmehr noch unter einer Arbeitslosigkeit, die mit jedem Tage gefährlicher wird für das größte Gemeinwesen der deutschen Republik werden muß. Der Zustand, daß Berlin unter den bauenden Städten weit hinten an beschämender Stelle steht, muß beseitigt werden, und die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind entschlossen, alles dafür einzusetzen, daß nun endlich den Arbeitslosen Arbeit und den Wohnungslosen Wohnungen beschafft werden. Die Hauptstadt des Deutschen Reiches, die noch dazu von einer sozialistischen Mehrheit verwaltet wird, hat in erster Linie die Aufgabe, auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge bahnbrechend voranzugehen. Was sie da aber bisher geschaffen hat, ist so lächerlich gering, daß hier erst gar nicht versucht werden soll, daran Kritik zu üben. Es kommt heute auch mehr darauf an, positive Arbeit zu leisten, damit endlich mit der längst notwendigen Bautätigkeit in Berlin begonnen werden kann.

Die Berliner Gewerkschaftskommission und das Ortskartell des Afa-Bundes haben sich seit Monaten schon unter Heranziehung hervorragender Sachverständiger mit dem in Rede stehenden Problem beschäftigt und in zahlreichen Verhandlungen mit den maßgebenden Magistratsstellen auf deren schleunigste Lösung hinzuwirken versucht. Bei der unheilvollen Zerrissenheit der Berliner Verwaltung des Siedlungs- und Wohnungswesens bisher mit negativem Erfolg. Nun wollen sich aber die Gewerkschaften nicht länger mehr mit Versprechungen und schönen Worten abweisen lassen, sondern schnellstens ernste Taten sehen.

Am dem Berliner Magistrat, der anscheinend aus eigenen Kräften dazu nicht kommen kann, einen Weg zu weisen, welcher bei Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur allmählichen Behebung der Wohnungsnot beschritten werden muß, wurde von den beiden örtlichen Organisationszentralen eine eingehend durchgearbeitete Denkschrift vorgelegt, in welcher zusammenfassend die Forderungen der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des Afa-Bundes zur Berliner Siedlungs- und Wohnungswirtschaft niedergelegt und begründet sind. Eine kleinere Kommission, bestehend aus den Genossen Sabath und Böyer von der Gewerkschaftskommission und Kaufmann vom Afa-Bund erhielt den Auftrag, mit den drei sozialistischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zu verhandeln, um die parlamentarische Vertretung und baldigste Bewirklichung der Forderungen sicherzustellen. Leider blieb diesen Verhandlungen die K. P. D.-Fraktion fern. Praktische Gegenwartsarbeit liegt ihr anscheinend weniger als die fernende Agitation. Dagegen haben die beiden anderen sozialistischen Fraktionen, die der S. P. D. und U. S. P. D., sich mit vollem Verständnis für den Ernst der Situation an den Beratungen beteiligt und in ihrem am Dienstag stattgefundenen Fraktionskongress beschlossen, der nächsten Stadtverordnetenversammlung gemeinsam folgenden Antrag Bege und Genossen, Heimann und Genossen zu unterbreiten.

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu erlauben:

Zur Behebung der Wohnungsnot und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind unverzüglich folgende Maßnahmen zu treffen:

I. Organisation des Wohnungs- und Siedlungswesens.

Am alle Aufgaben des Siedlungs- und Wohnungswesens — Siedlung, Bebauungsplan, Freizeitanlagen und Kleingärten, Baupolizei, Wohnungswesen, Grundstückswesen — in sachgemäßer Weise als untrennbare Einheit durchzuführen und eine vorausschauende Wohnungs- und Siedlungspolitik treiben zu können, ist ein technischer Generaldirektor für Wohnungs- und Siedlungswesen zu bestellen, dem alle genannten Arbeitsgebiete mit fachtechnisch vorgebildeten Abteilungsleitern an der Spitze zu unterstellen sind.

II. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Behebung der Wohnungsnot.

1. Die Baupolizei wird angewiesen, alle auf jederzeitigen Widerstand gewährten Baubehänge aufzuheben und die Grundstücks-eigentümer, — insbesondere nach Vergnügungsorten, industriellen Unternehmungen u. ä. —, aufzufordern, aufgeschobene Reparaturen und unvorschriftsmäßige Anlagen gegen Androhung der Ausfüh-

zung auf ihre Kosten durch die Stadt sofort auszuführen bzw. zu beseitigen.

2. Unter der Oberhoheit der Stadt Berlin ist eine so weitgehende und vorausschauende Bodenvorratswirtschaft zu treiben, daß jede Beeinträchtigung der Siedlungs- und Kleingartenpolitik ausgeschlossen ist und das notwendige Land unter Ausschaltung spekulativer Einflüsse gegebenenfalls durch Anwendung aller geeigneten Enteignungsmöglichkeiten bereitgestellt werden kann.

3. Um eine rationelle Verwendung der verfügbaren Transport- und Verkehrsmittel, der Baustoffe und des Pauschalgeldes zu gewährleisten, hat die Neubautätigkeit planmäßig unter Ausnutzung der Vorteile der Einheitsgemeinde in größeren Siedlungskomplexen zu erfolgen. Dabei sind zur Beseitigung der Wohnungsnot der minderbemittelten Bevölkerung Kleinwohnungen zu bauen, die im gemeinwirtschaftlichen Besitz verbleiben.

III. Grundzüge für die Bauausführung.

1. Die Baukostenbeschaffung ist einheitlich zu regeln. Sie hat im großen durch eine im Auftrage der Stadt handelnde gemeinwirtschaftliche Baugesellschaft zu erfolgen. Die aus Mitteln der Allgemeinheit aufzubringen Baukostenzuschüsse sind unter Vermeidung aller Neben- und Zwischenverdienste gemeinnützig zu verwenden. Der Baukostenzuschuß ist mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Zur Erzielung einer rationellen Ausnutzung der Geldmittel und der Baustoffe und zur Erreichung von Höchstleistungen der Hand- und Kopfarbeiter ist die Bauausführung in erster Linie Treuhändern nach Art der sozialen Baubetriebe und Bauhütten zu übertragen.

Grundätzlich ist überall so mindestens die Konkurrenz dieser Betriebe bei Abgabe von Angeboten einzuhalten. Ebenso sind neuzeitliche Betriebsarten im Bureau, in der Fabrik und auf der Baustelle, sowie genormte Bauteile und typisierte Grundrisse nach Möglichkeit zur Anwendung zu bringen.

IV. Sonstige wohnungspolitische Maßnahmen.

Die verschärfte Erfassung und Verteilung des verfügbaren Wohnraumes an die Wohnungsuchenden. Freimachung von Wohnungen, die für gewerbliche und Verwaltungszwecke, insbesondere von städtischen Behörden, benutzt werden, ist energisch durchzuführen.

V. Forderungen an Reich und Staat.

Der Magistrat der Stadt Berlin wird beim Reichsamt für Arbeitsbeschaffung dahin vorstellig, daß die aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellten Mittel unter Abänderung der zurzeit geltenden Vorschriften umgehend freigegeben werden für Reparaturarbeiten an solchen Häusern, die sich unter Zwangsverwaltung und im Besitz wohlthätiger Stiftungen befinden.

2. Von der Reichs- und Staatsregierung sind weiter zu verlangen: Ausreichende Baukostenzuschüsse für Neubauten, Umbauten und Mietwohnungen. Diese sind in geeigneter Form beschleunigt zur Verfügung zu stellen unter besonderer Berücksichtigung der Tatsachen, daß durch den Zugang zahlreicher geflüchteter Beamten aus den östlichen Gebieten die Wohnungsnot in Berlin erheblich verschärft wurde.

Dieser Antrag enthält die hauptsächlichsten Forderungen der Gewerkschaften und deckt sich teilweise auch mit einem Antrag der Demokraten. Da nicht anzunehmen ist, daß die Kommunisten auch bei der parlamentarischen Behandlung der dringendsten Arbeiter- und Angestelltenforderungen durch Abwesenheit gänzlich, vielmehr vorausgesetzt werden darf, daß sie ihre Zustimmung dazu erteilen, kann mit der Annahme dieses Antrages in der Stadtverordnetenversammlung und nachher auch im Magistrat gerechnet werden. Aber auch diejenigen Kommunalpolitiker aus bürgerlichen Kreisen, die der Arbeitslosigkeit und dem Wohnungsmangel, den augenblicklich größten Volksnöten, nicht tatenlos gegenüberstehen wollen, werden dem Antrag ihre Zustimmung nicht verweigern können.

Die Gewerkschaften haben zunächst nur mit den sozialistischen Fraktionen verhandelt, weil diese zuverlässig auf dem Boden der Gemeinwirtschaft stehen und die politische Macht zur Bewirklichung haben. Die Wohnungsfrage kann eben heute nur noch gemeinwirtschaftlich gelöst werden. Berlin hat die ehrenvolle Aufgabe, den Beweis dafür zu erbringen. Das heißt voraus, daß für den geforderten Kosten eines technischen Generaldirektors, der alle Fäden des Wohnungs- und Siedlungswesens in seiner Hand vereinigen soll, eine Persönlichkeit gefunden wird, die neben unantastbaren fachlichen Qualitäten, eine unerschütterlich feste gemeinwirtschaftliche Gesinnung besitzt und die nötige Energie mitbringt, sich allen Widerständen gegenüber durchzusetzen.

Die städtischen Körperschaften müssen nun aber tätig arbeiten, damit noch in diesem Jahr etwas von der Behebung des Berliner Baumarcktes zu spüren ist. Sonst könnte die ungeheure Erbitterung der Berliner Arbeitnehmerschaft über die bisherige Unbilligkeit der verantwortlichen kommunalen Stellen zu Bewegungen führen, für deren Ausgang die Gewerkschaften die Verantwortung ablehnen müßten.

gegen die Zentrale des einzelnen Landes. Sie finden in Moskau Glauben, die anderen nicht. Das ist ein System, das alles Vertrauen zu gegenseitiger Arbeit auf beiden Seiten, bei der Exekutive wie bei den angeschlossenen Parteien, untergraben muß. Zu einer politischen Leitung sind diese Genossen zu weit unzuverlässig, auch zu wenig vertraut. So ergibt sich der trostlose Zustand: eine politische Leitung vom Zentrum fehlt. Das einzige, was die Exekutive nach dieser Richtung leistet, sind Aufrufe, die zu spät, und Bannstrahlen, die zu früh kommen. Eine solche politische Leitung der Kommunistischen Internationale führt zu nichts oder ins Unglück. So bleibt von der ganzen Organisation nichts übrig als das, was wir oben schilderten. Die Exekutive wirkt nicht anders, als wie eine über die russischen Grenzen hinaus projizierte Adressenliste (die berühmte russische Geheimliste); ein unmöglicher Zustand. Die bittende Forderung, daß das anders werde, und daß überfussene Hände unbedenklicher Delegierter nicht die Leitung in den einzelnen Ländern an sich reißen, der Ruf nach einer politischen Führung und einem eine Parzialpolitik ist nicht die Forderung nach Autonomie. Der jetzige Zustand mag für eine Internationale von Sekten gut sein; für eine Internationale von Massenparteien ist er verwerflich.

Damit bestätigt Paul Levi fast mit denselben Worten das, was die Unabhängige Sozialdemokratie stets voraus gesagt hat. Deshalb hat Levi unsere Partei auf das Schärfste angegriffen, deshalb hat er die Däumig und Stoedter als seine Werkzeuge benutzt, um unsere Partei zu sprengen, deshalb hat er auf dem Moskauer Kongress der dritten Internationale alles daran gesetzt, um die Bedingungen zu verschärfen, und die Macht des Exekutivkomitees ins Unfassbare zu vermehren! Jetzt wird er mit den Ruten gezüchtigt, die er selbst oedunden hat.

Die Züchtigung ist noch nicht zu Ende. Väterlich zu glauben, daß die Moskauer Gewaltmenschen belehrbar sind. Levi sieht vielmehr selbst unmittelbar vor dem Hinauswurf. Die Exekutive der dritten Internationale veröffentlicht eine Erklärung, worin die fünf Mitglieder

der Zentrale, die unter dem Vorwand der italienischen Spaltung zurückgetreten waren, Levi, Zetkin, Adolph Hoffmann, Braß, Däumig, gerüffelt werden. Die Exekutive erblickt in diesem Austritt

1. Mangel an Disziplin in den führenden Schichten der KAPD.

2. Die Bestätigung der Tatsache, daß sich innerhalb der Führerschaft der KAPD. Anstöße zur Bildung eines rechten Flügel zeigen. Die Exekutive ist der Meinung, daß die wirklichen Motive des Austritts des Genossen Levi und seiner Gruppe aus der Zentrale der KAPD. nicht die italienische Frage, sondern opportunistische Umwandlungen in deutschen und internationalen Problemen sind.

Dann heißt es in dieser Erklärung:

Die Erklärung des Genossen Levi vom 23. März beweist, daß dieser Genosse schon Knapp vor einem Bruch mit der Kommunistischen Internationale steht. Diese Tatsache sollte den Genossen, die bisher mit ihm solidarisch waren, zeigen, wohin sein Kurs geht, und ihnen helfen, ihren Irrtum einzusehen und zu korrigieren.

In der durch die letzten Märzkämpfe in Deutschland eröffneten Periode werden für Richtungsunterschiede nicht mehr die mehr oder minder durchsichtigen Auffassungen über die italienische Parteifrage bestimmend sein, sondern die Stellungnahme zu den Problemen des europäischen durchgefochtenen und wieder bevorstehenden revolutionären Kampfes.

Damit ist wohl das Geschick Levi und seiner engeren Freunde besiegelt. Es gibt eine Vergeltung.

Die Volksschule in Not

Als Konrad Haenisch kurz vor den Preußenwahlen im merkwürdiger Selbstgefühl die eigene Arbeit an der Schule über den grünen Klee lobte und mit drücker Hingabe um die Gunst des schwarz-weiß-roten gefärbten geistigen Deutschland warb, da mühten wir ihn daran erinnern, daß er, der sozialistische Minister, der Volksschule mit seinem Wort gedachte und ihre Not vergaß, die durch die Tätigkeit des neuen Kultusministers nicht im mindesten gelindert worden ist. Damals unterließ er sein Ministerialrat Menzel, indem er ebenfalls im „Berliner Tageblatt“ die dünnen Reformen, die jeder beliebige demokratische Schulmann als bescheidenste Mindestforderungen ansehen mußte, als große Taten pries. Auch er bediente sich dazu des „Berliner Tageblattes“, das kurze Zeit früher noch heftige Angriffe gegen die Schlappheit des Ministeriums Haenisch veröffentlicht hatte, in dessen Aufassung über kulturpolitische Fragen sich aber um jene Zeit plötz- lich eine überraschende Schwertung fühlbar machte.

Wir wissen nicht, ob diese Gesinnungsänderung in der Redaktion des „Berliner Tageblattes“ der Grund dafür ist, daß Menzel jetzt einen Artikel „Vollbildung in Not“, in dem er in sehr ernsthaften Worten über die Not der Volksschule klagt, nicht in diesem Blatt, dem gewöhnlichen Publikationsorgan des Kultusministeriums, sondern in der „Berliner Volkszeitung“ veröffentlicht. Jedenfalls möchten wir nicht veräumen, auch die Arbeiterkassette Berlin, die an der Volksschule auf das stärkste interessiert ist, darauf aufmerksam zu machen, daß Menzel jetzt zugibt, daß die Volksschule noch immer selbst an den primitivsten Voraussetzungen für den Unterricht Mangel leidet. Die Kohlen- und Raumnot, die während des Krieges eingetreten war, ist noch immer nicht überwunden. Noch im Januar 1921 hat Menzel in West- und Süddeutschland verlängerte Weihnachtsferien aus Kohlenmangel angetroffen, also zu einer Zeit, wo in den großen Städten alle Höfen des Luxus und des Amülements einer korruptierten beherrschenden Gesellschaft mit Licht und Kohle reichlich versehen waren. Menzel beklagt ferner die mangelhafte Ernährung der Schulkinder als ernsthaftes Hindernis. „In einem erfolgreichen Unterricht und verweist mit besonderem Ernst auf die Not der Lehr- und Lernmittelbeschaffung. Die Preise für Schreibstoffe und Lesebücher seien enorm gestiegen und die Schüler und Eltern mühten sich notdürftig durch den Kauf alter Bücher helfen.“

Alles das sind bekannte Tatsachen. Aber nun versucht Menzel wiederum die Öffentlichkeit zu täuschen. Die Teuerung der Schulbücher und ihrer Herstellung sei schuld daran, daß man nicht mit einem Schlag die alten Schulbücher „wegen ihres den heutigen Verhältnissen vielfach nicht mehr entsprechenden Inhaltes“ radikal beseitigen und neue einführen konnte. Ein Verbot der alten Bücher und die Bereitstellung neuer würde bei den ungeheuren Kosten dazu führen, daß unsere Volksschüler überhaupt keine Bücher mehr hätten.

Zunächst stimmt das nicht ganz. Wohl sind die Bücher teuer und die Anschaffung fällt gerade den Eltern der Volksschüler ungemein schwer. Dennoch wäre es bei einiger Energie möglich gewesen, einen nicht unerheblichen Teil der alten Schulbücher durch neue zu ersetzen, denn trotz des von Menzel geschilderten Zustandes werden bei jeder Neueinschulung zahlreiche neue Bücher gekauft. Aber auch diese neuen Bücher tragen noch immer zum Teil Kaiserbilder zur Schau und enthalten Anekdoten und Geschichten, deren sich ein republikanisches Volk einschämen müßte. Neue Auflagen solcher Bücher sind noch in Haenischs Zeit hergestellt worden. Vor allem aber hätte das Ministerium die Pflicht gehabt, für die Durchführung der Verfassung zu sorgen, die die unentgeltliche Bereitstellung der Lernmittel fordert. Nicht Klage über den Gestalt von Lehrartikeln sind das Mittel dazu, sondern ernsthafte Forderungen und ein charaktervolles Auftreten der verantwortlichen Behörde. Ein Minister indes, der sich von der Schulreaktion um den Finger wickeln läßt, wird den Gegnern einer guten Volksschule nicht den Respekt einflößen, der zur Erreichung eines solchen Zieles notwendig wäre.

Aus der Weltwirtschaft

Die „Open shop“-Bewegung in Amerika wird durch das Kapital mit immer wachsender Schonungslosigkeit weitergeführt. Der Beschluß der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten vom 17. März diesen Jahres hat die Vertreibung der Trustmagnaten und anderer Kapitalisten, die Gewerkschaften auszu-schalten, und nur mit dem einzelnen Arbeiter zu verhandeln, gegenüber den organisierten Korporationen und Trusts hilflos ist, erwidert. Er stellt fest, daß die Arbeitgeber in den Vereinigten Staaten in den mächtigsten Organisationen zusammengefaßt sind, die die Welt kennt, und jetzt wollen sie es der Arbeiterklasse verwehren, sich zu organisieren. Der patriotische Schwindler wird aufgedeckt: Die „offene Werkstatt“ als „amerikanisch“ zu bezeichnen, ist eine Frechheit und dient dem Zweck, die Profitbestrebungen der Ausbeuter hinter patriotischen Phrasen zu verdecken.

Familienerhaltende Arbeiterinnen. Eine in elf großen englischen Industriestädten vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß 28 Prozent der in den Industriebetrieben beschäftigten Arbeiterinnen außer ihrem eigenen Lebensunterhalt auch noch den ihrer Familie bestreiten mühten. Demgegenüber steht die Feststellung der englischen Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft — Fabian Society — wonach nicht weniger als 51 Prozent der Arbeiterinnen für ihre Angehörigen sorgen mühten.

zung der Grundzüge, die zur Spaltung in dieser Form führten. Er gab dafür Grundzüge, die wegen zur Spaltung der deutschen Partei führen können. Er hat diese Konjunktoren selbst gezogen: wir und 23 Zentralauschmittglieder mißbilligen ausdrücklich diese Grundzüge, und dann erklärt die Exekutive: Danach war zur Abgabe dieser Erklärung nicht bevollmächtigt. Danach war er offenbar nur zur Spaltung ohne Grundzüge bevollmächtigt. Das ist ein leichtfertiges Spiel, das hier getrieben wird; die Methode, unverantwortliche Personen hinauszuhauen, die man nachher je nach Bedarf approbieren oder desapprobieren kann, ist gewiß sehr bequem, doch selbst wenn sie durch lange Parteidiskussionen gebilligt ist, ist sie für die 3. Internationale verhängnisvoll.

Im übrigen aber erlauben wir uns zu bemerken:

Das Spiel mit neuen Spaltungen

ist jedenfalls im Munde der Auslandsvertreter des Exekutivkomitees ein sehr rasch gespieltes. Ich hoffe, nicht gezwungen zu sein, unter Beweis stellen zu müssen, daß man in den der Exekutive nahestehenden Kreisen in Deutschland, in den Kreisen, für die die Exekutive jedenfalls politisch die Verantwortung trägt, über die entscheidende Mehrheit der Partei sich damit hinwegsetzte, daß man sagte: wenn die Aktion nur dazu führe, die Partei von dem rechten Flügel zu säubern, so sei der Preis nicht zu hoch. Das hat man den Genossen, die heute in Mitteldeutschland tot liegen, nicht gesagt, als man sie in den Tod sandte, daß man ihre Leichen zum Dynamit für die Partei verarbeiten würde. Wenn die Exekutive es nicht versteht, uns und sich gewissenlose Wurschen dieses Kalibers vom Halse zu halten, ruiniert sie uns und sich.

Gedehndiplomatie

Die offiziöse Äußerung des Genossen Adel enthält aber noch einen weiteren und noch schädlicheren Effekt des Delegiertenkongresses. Das ist der direkte und geheime Verkehr dieser Delegierten mit der Moskauer Zentrale. Wir glauben, daß ungefähr in allen Ländern, in denen solche Sendboten wirken, die Unzuverlässigkeit darüber die gleiche ist. Das ist ein System wie die geheime Gente. Sie arbeiten nie mit, immer hinter und häufig

